

BULLETIN

NUMMER 3 | September 2011



-
- * 4 Finanzkrise - Pulver verschossen! *
 - * 7 Wirtschaftskriminalität - Unsanfte Käferlandung *
 - * 8 Novartis - Ausnahmen für grosse Namen *
 - * 10 Wahlen - Unsere Kandidierenden antworten *
 - * 18 Perlentaucher - Die Zuger Perlen *
-

2

3 Editorial

Alternativen für Zug in Bern

4 Finanzkrise

Pulver verschossen!

7 Wirtschaftskriminalität

Unsanfte Käferlandung

8 Novartis

Ausnahmen für grosse Namen

10 Wahlen 2011

Unsere Kandidierenden antworten

14 Wahlen 2011

Die CSP kandidiert

16 Wahlen 2011

Junge Power

17 Regierungsrat

Vielfalt statt Einfalt

18 Perlentaucher

Die Zuger Perlen

20 Nationalrat

Ohne Ausstieg kein Einstieg

21 Soziale Verantwortung

Global gedacht, lokal gehandelt

22 Stadtrat Zug

Manchmal gibt es «Schimpfis»

24 Serviceteil

Frontal

Kino

Buch

Veranstaltungen

Adressen

Impressum

«Mission statement»

Das BULLETIN des alternativen Zug wird von folgenden Gruppen getragen:

Alternative – die Grünen Baar

Alternative – die Grünen Menzingen

Alternative – die Grünen Unterägeri

Alternative – die Grünen Stadt Zug

Alternative – die Grünen Zug

Forum Oberägeri

Gleis 3 Alternative Risch-Rotkreuz

Grüne Steinhausen

Krifo Alternative Cham

Das BULLETIN setzt sich mittels seiner Publikationen ein für die Förderung und den Erhalt von Lebensqualität im Sinne von:

- Soziale Gerechtigkeit, Schutz von sozial Benachteiligten
- Ökologische Nachhaltigkeit, Schutz von Lebensräumen und der Natur

- Gleichwertigkeit von Geschlecht und Rasse
- Verantwortung des Einzelnen gegenüber der Gesellschaft und Verantwortung der Gesellschaft gegenüber dem/der Einzelnen.

Die Redaktion recherchiert zu politischen und gesellschaftlichen Themen nach bestem Wissen und Gewissen. Sie nimmt aktuelle Themen der alternativen Gruppierungen aus den einzelnen Zuger Gemeinden auf. Das BULLETIN fördert das politische Bewusstsein der Bevölkerung und trägt zur Meinungsbildung bei.

Redaktion und Herausgeberverein
«Das BULLETIN»

Alternativen für Zug in Bern

Philippe Koch, Leiter Wahlausschuss und Redaktor BULLETIN | Bild Philippe Koch



Es sind wirklich turbulente Zeiten. Die Finanz- und Schuldenkrisen haben nicht nur Unmengen an realem und virtuellem Vermögen vernichtet und vielen Menschen in der ganzen Welt die Lebensgrundlage entzogen. Sie haben auch den Konservativen den ideologischen Boden unter den Füßen weggezogen. So stellt sich etwa Charles Moore in einem der bemerkenswertesten Kommentare der letzten Zeit folgende Frage: «Hat die Linke doch recht?» Und gibt gleich selbst die Antwort: «Die Stärke der Analyse der Linken liegt darin, dass sie verstanden haben, wie die Mächtigen sich liberal-konservativer Sprache als Tarnumhang bedient haben, um sich ihre Vorteile zu sichern. [...] Denn wenn die Banken, die sich um unser

Geld kümmern sollen, uns das Geld wegnehmen, es verlieren und aufgrund staatlicher Garantien dafür nicht bestraft werden, passiert etwas Schlimmes. Es zeigt sich – wie die Linke immer behauptet hat – dass ein System, das angetreten ist, das Vorankommen von vielen zu ermöglichen, sich zu einem System pervertiert hat, das die wenigen bereichert.» Charles Moore ist kein Linker. Im Gegenteil. Er ist der offizielle Biograf Margaret Thatchers, die er als anerkannter und erkonservativer Publizist stets unterstützt hat. Und er ist immer noch ein Konservativer. Mit seinem Kommentar will er seine Mitstreiter und Verbündeten aufrütteln und nicht etwa linker Politik zum Erfolg verhelfen. Frank Schirmacher, Herausgeber der konservativen Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ), hat den Ball Moores aufgenommen. Auch er beklagt sich über die Preisgabe demokratischer Werte zugunsten des global entfesselten Kapitalismus, der nur den gierigen Wenigen dient. Es ist kein Zufall, dass zur selben Zeit in Amerika einer der reichsten Menschen der Welt, Warren Buffett, höhere Steuern für diejenigen mit hohem Einkommen fordert und so die Republikaner in die Enge treibt und zu unappetitlichen Kommen-

taren provoziert. Die Welt, so scheint es, steht Kopf. Nach mehr als zwanzig Jahren neoliberaler Dauerbeschallung scheint sich der ideologische Wind zu drehen. Doch es gibt keinen Grund zur Vorfreude. Nur weil sich die wenigen Reichen und Mächtigen in den letzten Jahren zunehmend diskreditiert haben, bedeutet dies noch nicht, dass sie ihren Einfluss verloren haben. Die Wahlkampf-kassen der rechtskonservativen Parteien sind prall gefüllt. Davon zeugen nicht zuletzt die schwarzen Stiefel, die seit einiger Zeit über die Plakatwände marschieren. Auch die Zuger Bürgerlichen schöpfen mit der grossen Kelle: Die Inserateplätze auf den Frontseiten der Zuger Medien sind seit mehreren Monaten ausgebucht. Die verlorene Legitimität ihrer Politik wollen sie mit grossem finanziellen Einsatz wettmachen. Es wird nicht gelingen. Der Wind hat gedreht. Die links-grünen Parteien müssen nun aber gemeinsam die Segel richtig setzen. Mit Selbstbewusstsein und Leidenschaft die Menschen in unserem Kanton überzeugen, dass sich wählen lohnt. Dass wir Alternativen bieten können, die einen Unterschied ausmachen. In Zug und in Bern. In den nächsten Wochen finden viele Wahanlässe statt. Das Sommerfest mit Sponsorenlauf am 24. September – wie üblich bei der Rössliwiese – markiert den Beginn des Schlussspurts. Zudem werden unsere Kandidierenden immer wieder auf den Strassen und an Märkten für die grünen Initiativen Unterschriften sammeln. Karten werden verteilt, Broschüren und Anfragen verschickt. Es gibt viel Politik die nächsten Wochen. Aber nur mit diesem Einsatz werden wir den ideologischen Umschwung auch politisch für die linken, grünen Anliegen nutzen können. ■

Pulver verschossen!

Gian Trepp im Interview, geführt von Martin Stuber, Redaktion BULLETIN, am 27.8.2011 in Zürich | Illustrationen BULLETIN und seattle pi

4 **Vor zwei Jahren hat das BULLETIN ein langes Interview mit Gian Trepp veröffentlicht (Nr. 1 und Nr. 2 / 2009 – www.bulletin-zug.ch). Gian Trepp ist einer der wenigen Schweizer Wirtschaftsjournalisten, der schon seit Jahren vor den Folgen der Strategie der beiden Schweizer Grossbanken auf dem internationalen Finanzmarkt gewarnt hatte. In seinem Interview warnte er vor dem systemischen Charakter der Finanzkrise und machte konkrete Vorschläge für die Krisenbewältigung. Mitten in der grössten Währungskrise, welche der CH-Franken je erlebte, ziehen wir eine Zwischenbilanz – wiederum in zwei Teilen.**

BULLETIN: Gian, hat sich deine Aussage von einer tiefgehenden Systemkrise vom Herbst 2008 bestätigt?

Gian Trepp: Diese Frage kann ich bejahen. Vor drei Jahren redeten Medien und Politiker von einer amerikanischen Hypothekarmarktkrise (subprime crisis), die Liquiditätsprobleme im Bankensystem ausgelöst habe. Heute ist die systemische, globale Natur der Weltfinanzkrise weitgehend anerkannt. Das globale Geld-Kredit- und Bankensystem funktioniert nur noch dank permanenter Staatskrücken. Unzählige Staatskassen müssen durch immer neue Stützprogramme vor dem Bankrott bewahrt werden. Und es wanken die zentralen Pfeiler des Weltwährungssystems Dollar und Euro. All das geschah, ohne dass die Ökonomen, weder neoliberale noch Neokeynesianer, eine konsistente Erklärung der Krise hätten liefern können, geschweige denn wirksame Massnahmen zur Krisenbewältigung.

BULLETIN: Das heisst, der nächste Crash liegt in der Luft, wenn so weitergemacht wird wie bisher. Woher nehmen die Staaten das Geld beim nächsten Crash?

Gian Trepp: Gute Frage. Der Krug geht zum Brunnen, bis er bricht. Die Staaten werden meiner Meinung nach den bisher eingeschlagenen Weg weiterverfolgen. Sich also wenn nötig noch höher verschulden, in der Hoffnung das marode Bankensystem damit vor dem Bankrott zu bewahren und in der Realwirtschaft eine neue

Wachstumsphase einzuleiten. Die dazu praktizierten Methoden sind mittlerweile bekannt. Die Staaten verkaufen den Zentralbanken Staatsobligationen gegen virtuelles Geld, das die Zentralbanken kraft ihres gesetzlichen Geldschöpfungsprivileges per Mausclick auf dem Computer schaffen können. Ergänzt von einer Nullzinspolitik für Kredite der Zentralbank für Banken.

BULLETIN: Versucht die Nationalbank den Kurs des Frankens auch mit virtuellem Geld zu retten?

Gian Trepp: Der unlängst von der Nationalbank verkündete Mindestkurs von Franken 1.20 per Euro basiert ebenfalls auf der Kraft der Geldschöpfung. Die Durchsetzung eines Mindestkurses auf den Devisenmärkten bedeutet, dass die Nationalbank alle zu diesem Kurs von Banken angebotenen Euros aufkaufen muss. Bezahlt wird mit Franken-Neugeld, das unlimitiert geschöpft werden kann. Die Inflationsrisiken der grenzenlosen Neugeldschöpfung sind erheblich. Wenn die Währungsspekulanten die Nationalbank ernsthaft testen, was kommen muss – denn der Kurs von 1.20 wurde einseitig von der Nationalbank festgelegt – wird die Frankengeldmenge dramatisch ansteigen. Irgendwann greifen die Sterilisationsmassnahmen für das Neugeld nicht mehr, die wirtschaftsrelevante Geldmenge M1 expandiert schockartig und es kommt zu einem größeren Anstieg der Lebenshaltungskosten.

Zum Franken-Mindestkurs, der Nullzinspolitik und zur seinerzeitigen Rettung der UBS durch den Staat gilt es festzuhalten, dass die seit drei Jahren verfolgte Politik, die Wirtschafts- und Finanzkrise mit mehr und noch mehr virtuellem Geld zu bekämpfen zwar den allgemeinen Zusammenbruch der globalisierten Finanzmärkte verhindert hat, jedoch das Bankensystem nirgends sanierte und zu realwirtschaftlichem Wachstum führte.

BULLETIN: Womit der nächste Crash tatsächlich vorprogrammiert ist...

Gian Trepp: Ja, wenn die über beide Ohren verschuldeten Staatskassen und die Zentralbanken ihr geldpolitisches Pulver endgültig verschossen haben, wird ein neuer Crash à la 2008 unausweichlich. Das heisst schockartiger Abfall des Interbankengeschäftes auf praktisch Null, Sturz von Kursen und Handelsvolumen der Wertpapiere und deren Derivate und verstärkte Schwankungen der Devisenkurse.

Nach diesem Krisenreplay dürfte sich der Ansatz des Krisenmanagements von der Geld- und Finanzpolitik zu direkten Eingriffen der Nationalstaaten in die Wirtschaftsstruktur verschieben. Hier stehen eine ganze Reihe von Massnahmen zur Verfügung, die oftmals seit der grossen Wirtschaftsdepression der Dreissigerjahre des vergangenen Jahrhunderts nicht mehr eingesetzt worden sind.

BULLETIN: Welche Massnahmen?

Gian Trepp: Grundsätzlich Massnahmen, die nicht die Verteidigung der globalisierten Finanzmärkte und der internationalen Finanzinstitutionen, Geschäftsbanken und Schattenbanken ins Zentrum stellen, sondern die realwirtschaftlichen Interessen eines nationalen Wirtschaftsraumes. Anders formuliert gehen diese wirtschaftspolitischen Massnahmen vom Primat der nationalstaatlich domi-

nierten Realwirtschaft über das globalisierte Finanzwesen aus. Für alt 68er, welche die epochalen Veränderungen der Weltökonomie gerne in marxistische Terminologie übersetzt haben möchten, bitte sehr: Die private Aneignung des gesellschaftlichen Mehrwertes in der Zirkulationssphäre des flüssigen Kapitals, die sich in den letzten Jahrzehnten herausgebildet hat, neigt sich ihrem Ende zu. Die Vorherrschaft des fixen Kapitals, die bis Ende der Sechzigerjahre des vergangenen Jahrhunderts herrschte, kehrt zurück.

BULLETIN: Und die Konsequenzen?
Gian Trepp: Ob das gut oder schlecht sei, hängt an den ökonomischen Interessen der einzelnen Wirtschaftssubjekte. Tendenziell schlecht sicher-

Gian Trepp: Ein konkretes Beispiel für einen Staatseingriff im Krisenmanagement gegen den überhöhten Frankenkurs sind beispielsweise notrechtlich verordnete Negativzinsen für alle von Ausländern in Franken gehaltenen Konti und Depots von, sagen wir zwei Prozent pro Quartal. Ferner könnte zur Verteidigung der Arbeitsplätze die Konvertierbarkeit des Frankens eingeschränkt werden. Es gäbe dann neben dem frei handelbaren Finanzfranken für die Industrie mit einem von der Nationalbank fixierten Eurokurs. Denkbare ist auch ein Tourismusfranken für Ausländer. Diese Fixkurse wären möglich, ohne die unkontrollierbaren Risiken der heutigen Mindestkurs-Nationalbankpolitik – wenn

gender «too-big-to-fail-Banken» entstehen lassen, die im Zusammenspiel mit dem unregulierten Schattenbanksystem – Hedgefonds! - eine autonome Kreditschöpfung betreiben können, welche für die Bankenüberwachung und die Zentralbanken nicht mehr kontrollierbar ist. Wie weit die Verselbstständigung des derivatgetriebenen Banken-Schattenbanksystems mittlerweile fortgeschritten ist, hat unlängst Tobias Guldemann, Chief Risk Officer von Credit Suisse in der Neuen Zürcher Zeitung formuliert. Guldemann: «Eine Bilanzsumme (ist) keine gegebene Grösse und (es kann) auch nicht auf die Qualität der Bilanz insgesamt (geschlossen werden).» Mit anderen Worten: Nur die Bank selbst, wenn überhaupt, versteht Risiken und Ne-



lich für alle Eigner von Rechtstiteln auf Geldkapital. Also neben den Kapitalisten auch für die Rentnerinnen und Rentner der zweiten und dritten Säule. Tendenziell gut hingegen für alle, die vom Verkauf ihrer Arbeitskraft leben. Die Profitraten des fixen Kapitals sind enger an die menschliche Arbeit gekoppelt als jene der Banker und Finanziere. Darüber hinaus findet auch der nötige ökologische Umbau der Realwirtschaft vornehmlich in der Sphäre des fixen Kapitals statt.

Mit Fremdenhass, ideologischer Abschottung gegen aussen und verfehltem Nationalismus haben solche realwirtschaftlich basierten wirtschaftspolitischen Massnahmen zur Stärkung der Binnenmärkte direkt nichts zu tun. Indirekt aber schon – Staatseingriffe auf Binnenmärkten privilegieren im Prinzip Inländer gegenüber Ausländern, beispielsweise auf dem Arbeitsmarkt durch die von der SVP angestrebte Kündigung der Freizügigkeitsabkommen. Diese Problematik müssen Grüne und Linke im Auge behalten.

BULLETIN: Kannst du ein konkretes Beispiel für eine solche Intervention nennen?

auch mit bürokratischem Aufwand verbunden. Ultima Ratio dieser Art von Wirtschaftspolitik ist die umfassende Kontrolle des gesamten grenzüberschreitenden Kapitalverkehrs. Was eine noch grössere Kontrollbürokratie voraussetzt.

BULLETIN: Wie konnte es in den letzten Jahrzehnten überhaupt zur heutigen Dominanz des Finanzsektors über die Realwirtschaft kommen?

Gian Trepp: Hierfür gibt es drei zentrale Faktoren:

- Geopolitik
- Computertechnologie
- Derivatisierung.

Die geopolitische Hegemonie der USA, bis 1989 im Westblock und nach dem Untergang der Sowjetunion auf der ganzen Welt, hat das neoliberale amerikanische System der deregulierten Finanzmärkte globalisiert. Die Fortschritte in der Computertechnologie schufen die technische Basis dieser Entwicklung. Und der Aufstieg der Derivate vom marginalen Finanzprodukt in den Mainstream haben ein verselbständigtes, faktisch unreguliertes System von etwa drei Dutzend systemtra-

benwirkungen des heutigen Finanzgeschäfts. Wir gewöhnlich Sterbliche sind den weit überzahlten Bankmanagern ausgeliefert, wie die Flugzeugpassagiere dem Piloten – für Bruchpiloten dank Staatsgarantie kein Problem!

BULLETIN: Stichwort Griechenland, Eurokrise. Hat der Euro eine Zukunft?

Gian Trepp: Nicht mit der jetzigen Politik würde ich meinen. Der so genannte Rettungsschirm ist weniger eine Rettung der griechischen Wirtschaft als ein Rettungspaket für die Gläubiger – und zwar der staatlichen wie der privaten. Inzwischen ist die Europäische Zentralbank ja Griechenlands grösster Gläubiger.

Die Wurzel des Problems scheint mir darin zu liegen, dass Griechenland, gleich wie Italien und Spanien, eine viel grössere Schattenwirtschaft hat als die nördlichen Euroländer. In Italien wird dieser Sektor beispielsweise auf ein Drittel des Bruttoinlandsproduktes geschätzt. Und diese Schattenwirtschaft ist mit Staatseingriffen und der Geldpolitik der Zentralbanken viel schwieriger zu beeinflussen als die legale Wirtschaft. Die Schattenwirtschaft im so genannten





Der US-Cartoonist David Horsey hat während des Hurricane «Irene» geträumt: Reporter: «Neben all den Trümmern, welche Irene hinterlassen hat, gibt es auch ein positives Resultat... alle diese Hedgefonds Manager, Derivathändler und Zusammenbastler von schlechten Hypotheken aus Connecticut und Long Island sind auf die hohe See weggeblasen worden.»

Club Med der EU hat zahlreiche Nachteile, beispielsweise massive Steuerausfälle und Nichteinhalten von sozialpolitischen und ökologischen Standards. Andererseits bringt dieser Sektor für den in die Verarmung getriebenen Einzelmenschen auch Vorteile im existenziellen Post-Crash-Überlebenskampf, beispielsweise ein ausgedehntes Tauschewesen, wo man auch mit ganz wenig oder ohne Geld leben kann.

BULLETIN: Und was heisst das jetzt für den Euro?

Gian Trepp: Meiner Meinung nach liegt das Schicksal des Euro heute in der Hand von Deutschland und Frankreich. Wenn die zwei Kernländer an der Gemeinschaftswährung festhalten, kann mittelfristig trotz Überschuldung ein stabilerer, zentraleuropäischer Währungsblock entstehen, zusammen mit den Benelux-Ländern, Österreich und noch ein bis zwei weiteren Staaten.

BULLETIN: Es ist ja nicht nur eine Eurokrise – der Dollar hat eine ähnlich rasante Talfahrt hinter sich.

Gian Trepp: Als ich zum ersten Mal in die USA reiste, kostete ein Dollar noch 4 Franken 30, heute etwa 80

Rappen, also weniger als ein Fünftel. Das widerspiegelt den Machtzerfall der USA. Der erste grosse Schritt nach unten kam im Zuge des Vietnamkrieges zu Beginn der 1970er-Jahre. Der letzte Taucher ergab sich aus der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise. Ein weiterer Sargnagel des Dollars ist zweifelsohne auch die fehlgeschlagene Politik des «Clash of Civilizations» (Kampf der Zivilisationen) nach den Attentaten auf das New Yorker World Trade Center vor zehn Jahren. Und schliesslich noch die verlorenen teuren Kriege im Irak, in Afghanistan und gegen den so genannten Islamistischen Terrorismus. Die Talfahrt des Dollars beschert der Weltwirtschaft nun ein gröberes Strukturproblem, weil diese Währung die allgemeine Welthandels- und Weltreservewährung ist. Wenn der Dollar weiter an Vertrauen verliert, kann er diese Funktion nicht mehr erfüllen.

BULLETIN: Wie könnte denn ein neues Weltwährungssystem aussehen?

Gian Trepp: Wir können mittelfristig davon ausgehen, vier bis fünf grosse Währungen zu bekommen, die den Welthandel dominieren und sich ge-

genseitig als Zahlungsmittel akzeptieren. Ob der Euro und der Dollar auch dazu gehören? Wahrscheinlich, aber aller Voraussicht nach mit reduzierter Bedeutung. Dazu noch der chinesische Renminbi und die indische oder brasilianische Währung.

BULLETIN: Wo steht hier die Schweiz als kleine Wirtschaft mit eigener «harter» Währung nach der Intervention der Nationalbank?

Gian Trepp: Die Aktion der Nationalbank war, trotz aller eingegangenen Risiken, richtig. Eine Patentlösung ist der Mindestkurs für Euros indes nicht. Geld allein führt uns nicht aus der Krise. Was die Schweizer Wirtschaft heute vor allem braucht, sind Strukturreformen. Der Arbeitsplatz muss sozial- und

ökoverträglich gestärkt werden, der Finanzplatz gehört umgebaut und ausgemistet und die beiden Grossbanken redimensioniert. Das ist zugegeben schneller gesagt als getan. Vielleicht gelingt es trotzdem auf Basis einer neu erfundenen Konkordanz und Kompromisskultur, welche letztlich auch die heutige Funktion des Frankens als Fluchtwährung zu einem guten Teil erklärt.

BULLETIN: Darauf gehen wir im zweiten Teil des Interviews, das im BULLETIN Nr. 4 im Dezember erscheinen wird, näher ein. ■

Wir weisen bei dieser Gelegenheit nochmals auf Trepps Analyse der Derivate im Jahrbuch 2008 des «Denknetz» hin. Sie zählt zum Verständlichsten über die Wirkungsweise des finanzmarktgetriebenen Kapitalismus US-amerikanischen Typs. Jahrbuch Denknetz: Eine andere Welt. Nach der Entzauberung des Kapitalismus. Zürich, edition 8, 2008 (ISBN 978-3-85990-135-3, Fr. 25.-).

Das Jahrbuch lohnt die Lektüre auch wegen der übrigen Texte und auf der Website finden sich zahlreiche interessante Informationen über die globale Krise. www.denknetz-online.ch

Ausnahmen für grosse Namen

Gleis 3 Alternative Grüne | Bilder Gleis 3 Alternative Grüne

8 Gerade erst hat der Kanton Zug für seine jungsteinzeitlichen Pfahlbauüberreste das UNESCO-Gütesiegel erhalten. Nun plant der renommierte Architekt Peter Zumthor ein modernes «Pfahlbaudorf» für das Novartis-Learning Center. Rein optisch wäre Gleis 3 dem Projekt gegenüber nicht abgeneigt. Nur: Um die Architektur geht es in der kommenden Urnenabstimmung nicht, sondern um die Umzonung! Im Folgenden begründet das Gleis 3 Alternative die Gründe für seine ablehnende Haltung.

pflegerischen Anliegen sind zu berücksichtigen.» Auf den ersten Blick könnte man somit meinen, dass auch das Gut Aabach davon profitieren könnte. Eine ähnliche Regelung hatte es nämlich der Firma Roche ermöglicht, innerhalb des Parks und zur Erhaltung des geschützten Schlosses und vieler weiterer Objekte ihr Ausbildungszentrum zu errichten.



Das Seeufergebiet muss von allen respektiert werden.

Am 27. November 2011 will der Gemeinderat die beiden entsprechenden Vorlagen der Stimmbürgerschaft zum Beschluss vorlegen. Die genaue Abstimmungsvorlage liegt bei Redaktionsschluss noch nicht vor. Gegenüber der Fassung zur öffentlichen Auflage vom Mai/Juni 2011 sind höchstens noch kleine Zugeständnisse zu erwarten. Die Hauptprobleme werden jedoch die gleichen bleiben. Nachfolgend eine kurze Erklärung von Gleis 3 Alternative Risch, die genauer aufzeigt, weshalb die beiden Novartis-Vorlagen gegen kantonales Recht verstossen.

Landwirtschaftsgebiet

Grundsätzlich liegt das Gebiet des geplanten Vorhabens nach kantonalem

Richtplan im Landwirtschaftsgebiet. Auf einer solchen Fläche würde selbst einem Landwirt kein zusätzliches Gebäude bewilligt, ausser es diene landwirtschaftlichen Zwecken. Eine kleine Ausnahmeregel gibt es im kantonalen Richtplan für Spezialzonen: «Die Gemeinden können Zonen mit speziellen Vorschriften bezeichnen, um folgende historisch wertvollen Gebäude und Anlagen mit ihrer Umgebung zu erhalten und zu entwickeln:» (Es folgt die Aufzählung der 11 Spezialzonen im Kanton Zug, darunter als „Nr. 11 Risch Landgut Aabach“) und «Mit dieser Zone sind die heutigen Qualitäten der Gebäudegruppen und ihrer Umgebung gesamtheitlich zu verbessern. Die Zone ist klein zu halten und die denkmal-

Gigantisch

Die Situation beim Projekt der Novartis liegt aber grundlegend anders: Der Richtplan wurde 2003 beschlossen. Bis ins Jahr 2005 waren sowohl die Villa als auch das Gärtnerhaus im Inventar der schützenswerten Bauten aufgeführt. Insofern hätte man allenfalls damals ein kleines Projekt innerhalb des Parks ins Auge fassen können. Im Jahre 2005 – nach Erlass des kantonalen Richtplans – änderte sich die Situation. Überraschend wurde die Villa aus dem Inventar der schützenswerten Bauten gestrichen. Somit verbleibt einzig noch das Gärtnerhaus als schützenswert. Dieses Gebäude allein ergibt jedoch in keiner Art und Weise eine Grundlage oder Rechtfertigung für

ein Bauprojekt mit zehn Gebäuden in der Grösse des Novartis-Vorhabens. Nicht einmal innerhalb des bestehenden Parks wäre dies denkbar. Novartis geht aber sogar noch weiter und plant die Vergrösserung des Parks durch Einbezug von Landwirtschaftsland und die Verlegung einer Strasse.

Ohne Gesetzesgrundlage

Diese Handlungsweise entbehrt jeglicher Gesetzesgrundlage. Mit dieser Planung widersprechen der Gemeinderat, der Regierungsrat und Novartis dem kantonalen Richtplan, aber auch den Grundsätzen der eidgenössischen Raumplanung, dem Landschaftsschutz und Seeuferschutz. Novartis verletzt auch das Prinzip von Treu und Glauben: Was einem Normalbürger niemals auch nur im Ansatz erlaubt würde, soll für eine grosse Firma möglich werden. Diese Anmassung kann nur durch zwei überzeugte Nein an der Urnenabstimmung bekämpft werden.

Darum zweimal Nein

Hier noch einmal zusammengefasst, weshalb sich das Gleis 3 gegen die beiden Vorlagen wehrt:

- Landwirtschaftsland darf nicht zur Bauzone umgewandelt werden!
Wertvolles Landwirtschaftsland soll geschützt werden. Die Zersiedelung darf nicht weiter voranschreiten. Die obligatorischen Fruchtfolgeflächen des Kantons Zug sind bereits knapp.
- Das Seeufergebiet muss von allen respektiert werden!
Im Gebiet Aabach gilt heute Landwirtschaftszone und Wald, überlagert von Landschaftsschutzzone und teilweise Seeuferschutzzone. Diese Zonen bezwecken, das landschaftlich wichtige Ufergebiet auch in Zukunft von einer Überbauung frei zu halten.
- Das Raumplanungsgesetz und die Spezialzonen des kantonalen



Kein schützenswertes Denkmal, also kein Sonderrecht anwendbar.

Richtplanes müssen von allen ernst genommen und respektiert werden!

Mit der Streichung der Villa des Gutes Aabach aus dem Inventar schützenswerter Denkmäler entfällt die Legitimation für neue Bauten in dieser Zone (siehe Auszug kantonalen Richtplan, Barriere Seite 2).

- Der Nutzen für die Rischer Bevölkerung wäre fast nicht erwähnenswert!
Die Erlaubnis, an nur zwei Tagen den neuen, stark erweiterten Park begehen zu dürfen, ist kein wirkliches Zugeständnis. Auch neue Arbeitsplätze dürfen nicht als Köder für eine Umzonung gebraucht werden.
- Keine Ausnahmen für grosse Namen und kein Präjudiz für die Zukunft!
Nichtbauzonen müssen für alle gelten. Würde man der Bauzone und dem Bebauungsplan zustimmen, könnte dies als Einladung verstanden werden, in Zukunft im Nichtbauggebiet Projekte zu planen und dieses willkürlich als Bauzone festlegen zu lassen. ■

Unsere Kandidierenden antworten

Philippe Koch, Redaktion BULLETIN | Bilder Alternative – die Grünen Zug

10

In knapp einem Monat wird im Kanton Zug gewählt. Auf den folgenden Seiten beantworten die Kandidierenden unserer Hauptliste sowie unser Ständeratskandidat einige Fragen von Max Frischs Fragebogen, ergänzt durch solche von Philippe Koch. Ihr persönlicher und biografisch geprägter Blick auf die Politik steht dabei im Zentrum.



Stefan Gisler in den Ständerat!

Stefan Gisler

BULLETIN: Welches Ereignis hat dich politisiert?

Stefan Gisler: Ich war für das IKRK in Kriegsgebieten im Einsatz. Die Stärke der Menschen, die unter bitterer Armut und politischer Ungerechtigkeit litten, hat mich beeindruckt. Danach wollte ich mich auch in der Schweiz für eine wirtschaftlich, politisch und gesellschaftlich gerechtere Welt engagieren.

BULLETIN: Gibt es Dinge, die du aus politischen Gründen nicht machst, obwohl du grosse Lust dazu hättest?

Stefan Gisler: Politik soll nie einschränken. Darum politisiere ich mit Freude – ohne meine Stärken und Schwächen zu verstecken.

BULLETIN: Was denkst du, wenn du an Amerika denkst?

Stefan Gisler: Grossartige Menschen. Doch die einst grosse Nation verab-

schiedet sich zunehmend von Demokratie und Gerechtigkeit. Der regellose Markt und die Steuerprivilegien für Reiche haben dazu geführt, dass eine reiche Oberschicht lenkt und viele BürgerInnen in Armut leben. Es sollte uns eine Warnung sein.

BULLETIN: Was denkst du, wenn du an China denkst?

Stefan Gisler: Als ich vor 20 Jahren in China war, sah ich, wie Geld und Erfolg die Menschen treiben – mit wenigen Gewinnern und vielen Verlierern. Wichtig ist die Einbindung Chinas im Sinne einer fairen Wirtschaft und mit Menschenrechten.

BULLETIN: Was ist besser: Zug im Jahre 1991 oder Zug im Jahre 2031? Wieso?

Stefan Gisler: Das liegt in den Händen von uns allen. Wenn wir unsere Demokratie leben, schaffen wir es, eine umweltfreundliche, lebenswerte und wirtschaftlich sichere Zukunft zu formen. Ich bin zuversichtlich, dass wir dies schaffen.

BULLETIN: Hättest du lieber einer anderen Nation (Kultur) angehört und welcher?

Stefan Gisler: Ich bin Stadtzuger und Unterschächner Bürger. Das passt zu mir. Ich bin gefestigt in den Schweizer Werten wie Toleranz, Zurückhaltung, Demokratie. Das ermöglicht mir offen auf Menschen anderer Kulturen zuzugehen und dazuzulernen und mich einzubringen.

BULLETIN: Gegebenenfalls du könntest in der Zeit reisen: Welches Jahr würdest du besuchen? Wieso?

Stefan Gisler: Ich würde darauf verzichten und mich heute für eine bestmögliche Zukunft für Mensch und Umwelt einsetzen. Eine Zukunftreise würde wohl zu Apathie führen – ist sie rosig, müsste ich ja nichts mehr machen. Ist sie düster, hätte ich keine Chance.

BULLETIN: Was erfüllt dich mit Hoffnung? a. die Natur? b. die Kunst? c. die Wissenschaft? d. die Geschichte der Menschheit? e. Sonstiges?

Stefan Gisler: Ich bin überzeugt von der Kraft der Menschen, sich eine positive Welt zu schaffen.

BULLETIN: Warum scheuen Revolutionäre den Humor?

Stefan Gisler: Tun sie das? Kein Wunder scheitern sie. Ich bin mehr der Demokrationsär.

In den Ständerat

Stefan Gisler

1968, in der Entwicklungszusammenarbeit tätig

Verheiratet, 1 Tochter

Kantonsrat seit 2004 (Fraktionschef)

Delegierter Gewerkschaftsbund

Initiativekomitee «Wohnen in Zug für alle»



Josef Lang wieder in den Nationalrat!

Josef Lang

BULLETIN: Welches Ereignis hat dich politisiert?

Josef Lang: Politik hat mich schon immer interessiert. Zu Hause führten der Grossvater, der zur Kirche und zu ihrer Partei eine gewisse Distanz hatte, und die Mutter, welche beide heftig verteidigte, häufig Streitgespräche. Ich verfolgte sie aufmerksam und gab in aller Regel der Mutter Recht. Dabei stützte ich mich auf das «Vaterland», das Zentralorgan der Konservativen Volkspartei, bei dem ich im bücherlosen Bauernhaus den Ausland- und den Sportteil verschlang. Was den Sport betrifft, bin ich heute noch FCL-Fan und Anhänger des Innerschweizer Schwingerverbandes. Was die Politik betrifft, habe ich ungefähr ab 14 gemerkt, dass es zwischen den christlichen Normen und der «christlichen» Praxis einen grossen Widerspruch gab. Dass das «Vaterland» in der Schweiz und in der Welt, vor allem der Dritten, die Reichen gegen die Armen verteidigte, und diese verdammt, wenn sie die Reichen ernsthaft herausforderten, stand in schroffem Gegensatz zur Bergpredigt und zum Urchristentum überhaupt. So fiel ich der 68er Bewegung, die damals Furore machte, wie eine reife Frucht in den Schoss.

BULLETIN: Gibt es Dinge, die du aus politischen Gründen nicht machst, obwohl du grosse Lust dazu hättest?

Josef Lang: Ich würde gerne mehr reisen, wandern, lesen und ein Buch über den Kubismus schreiben.

BULLETIN: Was denkst du, wenn du an Amerika denkst?

Josef Lang: In keinem Land traf ich auf so viel Dummheit und Borniertheit und in keinem Land auf so viel Idealismus und Grosszügigkeit. Für das erste stehen George W. Bush und die Tea-Party-Bewegung. Das zweite erlebte ich mit Angehörigen der Love-and-Peace-Bewegung in den 70er-Jahren und den Steelworkers in den Appalachen in den 90er-Jahren.

BULLETIN: Was denkst du, wenn du an China denkst?

Josef Lang: Wenn ich Berichte über Arbeitsbedingungen und Arbeitskämpfe aus China lese, dann kommt mir Friedrich Engels berühmte Schrift «Die Lage der arbeitenden Klasse in England» in den Sinn. Mit dem Unterschied, dass die Kapitalisten in China Kommunisten heissen.

BULLETIN: Was ist besser: Zug im Jahre 1991 oder Zug im Jahre 2031? Wieso?

Josef Lang: Wenn es mit Zug so weiter geht wie in den letzten 20 Jahren, wird es in 20 Jahren ein Reichengheto sein. Weil diese Entwicklung immer offensichtlicher wird, wird der Widerstand dagegen wachsen. Dank diesem wird der soziale Verdrängungsprozess gestoppt und der Werkplatz wird wieder mehr Luft zum Atmen haben. Zug wird wieder ausgeglichener, sozialer, menschlicher werden.

BULLETIN: Hättest du lieber einer anderen Nation (Kultur) angehört und welcher?

Josef Lang: Ich wurde ungefragt in

zwei Kulturen hinein geboren: die katholische und die schweizerische. Ich hatte, seit ich selbstständig denken kann, immer ein grosses Bedürfnis, mich mit ihnen kritisch auseinander zu setzen. Aber ich hatte nie das Bedürfnis, sie zu verlassen. Ich fühle mich wohl in meiner Haut als ungläubiger Kulturkatholik, der sich über nichts so stark aufregen kann wie über den katholischen Tanz ums Goldene Kalb. Und als pazifistischer Schweizer, welcher die hiesige Tea-Party-Bewegung in ihrer unsäglichen Dummheit und Borniertheit zutiefst verabscheut.

BULLETIN: Gegebenenfalls du könntest in der Zeit reisen: Welches Jahr würdest du besuchen? Wieso?

Josef Lang: 1848! Der europäische Völkerfrühling bedeutete die Verbindung von demokratischer und sozialer Frage, grenzüberschreitende Solidarität. Damals hatte die freisinnige Schweiz, wie Max Frisch im «Stiller» schreibt, «einen Entwurf, eine geschichtliche Gegenwart».

BULLETIN: Was erfüllt dich mit Hoffnung? a. die Natur? b. die Kunst? c. die Wissenschaft? d. die Geschichte der Menschheit? e. Sonstiges?

Josef Lang: Die Natur ist eine grosse Trösterin, aber Hoffnung kann sie nicht geben. Kunst und Wissenschaft sind Kompass, Karte und Erfahrung, aber keine Läufer. Läufer sind nur wir als handelnde Menschen. Und deren Zahl ist wieder am Zunehmen, nicht nur im Nahen Osten.

BULLETIN: Warum scheuen Revolutionäre den Humor?

Josef Lang: Vielleicht weil im Stossverkehr des Sauglattismus echter Humor leicht unter die Räder kommt.

In den Nationalrat

Josef Lang

Zug, Dr. phil., Berufsschullehrer

Verheiratet

Nationalrat seit 2003

Vorstand Grüne Schweiz



Susanne Giger in den Nationalrat!

Susanne Giger

BULLETIN: Welches Ereignis hat dich politisiert?

Susanne Giger: Das war ein Buch, das ich mit 12 Jahren geschenkt bekam: «Begrabt mein Herz an der Biegung des Flusses» von Dee Brown. Darin gehts um den Völkermord an den nordamerikanischen Indianern!

BULLETIN: Gibt es Dinge, die du aus politischen Gründen nicht machst, obwohl du grosse Lust dazu hättest?

Susanne Giger: Ja, ich hätte manchmal Lust auf einen «Städtetrip», wenn es mir hier zu eng wird – und aus Zeitgründen wäre es dann «angenehmer» das Flugzeug zu nehmen. Weil ich aber überhaupt nicht gerne fliege, fällt mir der Verzicht auch nicht besonders schwer!

BULLETIN: Was denkst du, wenn du an Amerika denkst?

Susanne Giger: Ich war noch nie in Amerika, lese aber sehr gerne amerikanische Autorinnen und Autoren und denke natürlich oft an die indianische Bevölkerung und ihr Leben in den Reservaten. Obama traue ich immer noch Eignes zu, und obwohl mir seine Nähe zur «Wall Street» ganz und gar nicht gefällt, hoffe ich auf seine Wiederwahl.

BULLETIN: Was denkst du, wenn du an China denkst?

Susanne Giger: Die chinesische Re-

gierung kümmert sich nicht um Menschenrechte, nicht im eigenen Land und im besetzten Tibet schon gar nicht. Das scheint aber westliche Staaten (unter ihnen auch die Schweiz), die in China ihre Geschäftsinteressen verfolgen, nicht sehr zu beunruhigen – müsste es aber!

BULLETIN: Was ist besser: Zug im Jahre 1991 oder Zug im Jahre 2031? Wieso?

Susanne Giger: 2031! Zug ist im Jahre 2031 schon fast eine 2000-Watt-Gesellschaft und hat auch das Problem der Wohnungsnot dank Investitionen in den genossenschaftlichen Wohnungsbau endlich gelöst. Dank der Annahme der Landschaftsschutzinitiative im Jahre 2012 gab es 2025 bei der erneuten Revision der Zuger Ortsplanung keine neue Einzonungsrunde, und die restlichen Grünflächen bleiben bis auf Weiteres geschützt. Dank Annahme der Initiative für ein bedingungsloses Grundeinkommen bGE im Jahre 2020, wurde schweizweit eine radikale Steuerreform nötig. Zug ist jetzt als Steueroase nicht mehr attraktiv und die Zuzüger kommen jetzt nur noch wegen der «schönen Umgebung»! Zug hat aber als Energiestadt Vorbildcharakter und kann im Bereich Cleantech attraktive Arbeitsplätze anbieten und sein Know-how in die ganze Welt verkaufen.

BULLETIN: Hättest du lieber einer anderen Nation (Kultur) angehört und welcher?

Susanne Giger: Klar, als Zwölfjährige habe ich mir oft und gerne ein

Leben bei den Indianern erträumt. Als ich achtzehn war, habe ich mich dann in der «Aktionsgruppe Wohnungsnot» engagiert – und bin wie gesagt – nie bis Amerika gekommen.

BULLETIN: Gegebenenfalls du könntest in der Zeit reisen: Welches Jahr würdest du besuchen? Wieso?

Susanne Giger: Natürlich das Jahr 2031, um mal kurz zu schauen, ob meine Prognosen zutreffen!

BULLETIN: Was erfüllt dich mit Hoffnung? a. die Natur? b. die Kunst? c. die Wissenschaft? d. die Geschichte der Menschheit? e. Sonstiges?

Susanne Giger: Meine Kinder!

BULLETIN: Warum scheuen Revolutionäre den Humor?

Susanne Giger: Dafür haben sie wohl keine Zeit – schade, wo es doch so viele schöne, subversive Witze gibt!

In den Nationalrat

Susanne Giger

Geboren in Zug, selbstständige Buchhändlerin

Verheiratet, 2 Kinder, parteilos

Mitglied Grosser Gemeinderat Stadt Zug

Präsidentin Zuger Jugendtreffpunkte

Vorstand FLIZ

Initiativekomitee «Erhalt der Perlen in der Stadt Zug»



Andreas Hürlimann in den Nationalrat!

Andreas Hürlimann

BULLETIN: Welches Ereignis hat dich politisiert?

Andreas Hürlimann: Ein einziges Ereignis gab es nicht. Dazu beigetragen haben sicherlich die Diskussionen in der Schule rund um die nachrichtlosen Vermögen auf Schweizer Banken. Daneben war es das Jahr 2001, zum Beispiel mit dem Zusammenbruch des Swissair-Konzerns. Ich konnte nicht verstehen, warum Wirtschaftsführer so krass versagt haben. Und warum die Politik nicht im Stande war, der Wirtschaft einen vorgegebenen Rahmen zu geben, damit Unternehmen und mit ihnen die vielen Arbeitsplätze nachhaltig gesichert werden konnten. Dies war übrigens auch ein wichtiges Ereignis für meine Entscheidung, später an einer Wirtschafts-Hochschule zu studieren. Ich möchte Verantwortung übernehmen, gute Grundlagen erarbeiten und bessere Entscheidungen treffen als jene, die uns die verschiedensten Wirtschaftskrisen der letzten Jahre zugemutet haben.

BULLETIN: Was denkst du, wenn du an Amerika denkst?

Andreas Hürlimann: Die vielen Gegensätze stechen mir immer wieder ins Auge. Grossstädte mit riesigen Suburbs, daneben unendlich scheinende und unberührte Natur pur. Aber auch die Gegensätze im politischen System. Die Blockadehaltung der beiden grossen Parteien verunmöglicht dringend nötige Kurskorrekturen wie dringend nötige Investi-

tionen in Infrastruktur, Sozialsystem oder Umwelt. Die Politik ist in den USA noch viel stärker in der Geiselschaft des Superkapitalismus als dies in Europa der Fall ist. Der Abstieg der USA wird so noch schneller eingeleitet als dies mit dem Aufstieg von China oder Indien sowieso schon der Fall wäre. Daneben gibt es aber auch hoffnungsvolle Zeichen: Wer hätte gedacht, dass ein schwarzer Präsident im 2008 gewählt wird.

BULLETIN: Was denkst du, wenn du an China denkst?

Andreas Hürlimann: China kenne ich nicht so gut wie die USA. An der Hochschule habe ich einmal eine Arbeit über die Wirtschaftsbeziehungen zwischen China und den USA geschrieben. Von da aber auch von der täglichen Berichterstattung in den Zeitungen kommen einem schnell die vielen Billigstlohnarbeiter oder Menschenrechtsverletzungen in den Sinn. Gleich wie bei der noch übrig gebliebenen militärischen Weltmacht hat auch das bevölkerungsreiche Land riesige Gegensätze: zwischen Arm und Reich, Umweltverschmutzung und Investitionen in Cleantech oder erneuerbare Energien. Ich bin gespannt, wie lange man noch so rasant wachsen kann und in welche Richtung sich China entwickelt.

BULLETIN: Was ist besser: Zug im Jahre 1991 oder Zug im Jahre 2031? Wieso?

Andreas Hürlimann: 2031. Ich glaube daran, dass positive Veränderungen möglich sind und wir in 20 Jahren weitere Ziele unserer rot-grünen Politik erreicht haben werden.

Wie dies im 20. Jahrhundert auch schon der Fall war.

BULLETIN: Hättest du lieber einer anderen Nation (Kultur) angehört und welcher?

Andreas Hürlimann: Nein. Wie Frisch gesagt hat: Ich bin Schweizer (nicht bloß Inhaber eines schweizerischen Reisepasses, geboren auf schweizerischem Territorium usw., sondern Schweizer aus Bekenntnis). Wir müssen darauf achten, dass wir unser Bekenntnis zu Offenheit, Toleranz und einer humanitären Schweiz in unserer Gesellschaft erhalten und ausbauen können.

BULLETIN: Gegebenenfalls du könntest in der Zeit reisen: Welches Jahr würdest du besuchen? Wieso?

Andreas Hürlimann: Ich würde in die Zeit der Gründung des IKRK reisen, die Arbeit des Roten Kreuzes erachte ich als sehr wichtig. Die Genfer Konventionen waren ein Meilenstein im humanitären Völkerrecht. Auch heute braucht es wieder Meilensteine in der Politik und Gesellschaft, der Geist von damals würde mich inspirieren.

BULLETIN: Was erfüllt dich mit Hoffnung? a. die Natur? b. die Kunst? c. die Wissenschaft? d. die Geschichte der Menschheit? e. Sonstiges?

Andreas Hürlimann: d) Es hat sich in der Geschichte der Menschheit zum Glück immer wieder gezeigt, dass auch in noch so verkalkten, konservativen Systemen erneuerbare Energien stecken. Auch wenn uns die Veränderungen teilweise nicht schnell genug gehen: Unser politisches System ist veränderbar und hat viel Erneuerungspotential. Ein Engagement lohnt sich! ■

In den Nationalrat

Andreas Hürlimann

Steinhausen, Betriebsökonom

Kantonsrat seit 2007

Co-Präsident Alternative – die Grünen Zug

Mitglied GPK der Hochschule Luzern

Die CSP kandidiert

Vroni Straub-Müller, Co-Präsidentin CSP Zug | Bilder CSP

14

An einer ausserordentlichen Mitgliederversammlung Mitte August hat sich die CSP des Kantons Zug einstimmig dazu entschlossen, erstmalig in ihrer Geschichte sich mit einer eigenen Nationalratsliste an den eidgenössischen Wahlen 2011 zu beteiligen. Sie ist eine Listenverbindung mit den Listen Alternative – die Grünen Zug, den Jungen Alternativen und der Sozialdemokratischen Partei des Kantons Zug eingegangen.



Magda Feldmann-Müller, Jg. 1968, Zug

Das politische Denken, Entscheiden und Handeln der Christlichsozialen basiert auf einem christlichen Welt- und Menschenbild; sie fördert das partnerschaftliche Zusammenwirken von Gesellschaft, Wirtschaft und Politik, von Arbeitgeber und Arbeitnehmer; sie setzt sich für mehr Solidarität, soziale Gerechtigkeit und für das Wohl jedes Menschen ein.

Die Kandidierenden

Für die CSP gehen drei Kandidierende ins Rennen um den Nationalrats-sitz. Magda Feldmann arbeitet als Heilpädagogin in Zug. Gishan F. Schaeren lebt in Zug und arbeitet als Fachbereichsleiter im Amt für Denkmalpflege und Archäologie des Kantons Zug. Und schliesslich kandidiert noch Claudio Meisser, wohn-

haft in Cham, auf der Liste der CSP. Wir sind überzeugt mit unserer Kandidatur die Linke in Zug stärken zu können.

Politische Ziele

Eine gesunde Umwelt und die Erhaltung unserer Lebensräume sind ein erklärtes Ziel unserer Parteiarbeit. Wir wollen zum Beispiel auf den Strom aus unseren Atomkraftwerken verzichten und fördern erneuerbare Energiequellen. Dabei sind wir uns bewusst, dass der gleichzeitige Kampf gegen die Klimaerwärmung vermehrte Energieeffizienz, höhere Energiepreise und möglicherweise auch den Verzicht auf einige Annehmlichkeiten erfordert. Ein weiterer Schwerpunkt für uns ist die Bildungspolitik, in der die Be-

rufslehre wieder einen höheren Stellenwert bekommen soll und auch Kinder mit einem Handicap ihren Platz in der Gesellschaft finden.

Unsere Kandidierenden setzen sich zudem für folgende Ziele ein:

- Für den Ausbau des öffentlichen Verkehrs und der Radwege, für eine Verkehrspolitik, in der die Schiene wieder vermehrt für den Gütertransport genutzt wird und für Lenkungsabgaben, die diese Ziele nachhaltig steuern.
- Für eine Wirtschaftspolitik, die unsere Innovationskraft, das längerfristige Investment und die höhere, lokale Wertschöpfung unterstützt.
- Für eine Siedlungspolitik, in der auch sozial schwächere Schichten im Kanton Zug noch eine Wohnung finden
- Für eine Energiepolitik, in der erneuerbare Energiequellen vermehrt genutzt werden, für einen bedingungslosen Ausstieg aus der Atomenergie, für die Machbarkeit und Realisierung der 2000-Watt-Gesellschaft und für Lenkungsabgaben, die diese Ziele nachhaltig steuern.

Geschichte der CSP Zug

Wer oder auch was ist eigentlich die CSP? Diese Frage wurde uns gerade im Zusammenhang mit den jetzt laufenden Wahlen immer wieder gestellt.

Seit 1929 gibt es in Zug Christlichsoziale. Sie waren der sogenannte linke oder soziale Flügel innerhalb der CVP. Im Jahr 2002 kam es zur Abspaltung von der CVP. Die CVP ging damals für die gemeindlichen Wahlen eine Listenverbindung mit der SVP ein, welche von den CSP-Parteifreunden und Parteifreundinnen nicht goutiert wurde. Seit 2002 politisiert die CSP als eigene Partei in der Stadt Zug. Sie ist Mitglied der CSP Schweiz. Und doch gibt die Zwitterstellung mit den Reibungs-



Claudio Meisser, Jg. 1945, Cham

flächen zwischen gemeindlicher bzw. kantonaler Eigenständigkeit und dem immer noch nationalen Eingebundensein in die CVP Schweiz zu reden. Die unterschiedlichen Vorstellungen in sozialen und ökologischen Fragen und die wenig positiven Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit der CVP sind bei uns Thema. Gerade von den jüngeren Mitgliedern kommt der Wunsch nach ehrlicher und klarer Positionierung. So wird uns die endgültige, nationale Trennung von der CVP in nächster Zeit beschäftigen und eine Eingliederung in die CSP Schweiz wird von unserem Vorstand angestrebt.

Die CSP in Obwalden wird uns auf diesem Weg unterstützen, sie haben diesen Prozess nämlich schon vor einigen Jahren hinter sich gebracht. Heute ist der ehemalige Lungener CSP-Kantonsrat Karl Vogler Kandidat eines überparteilichen Komitees aus CSP, FDP und SP für die Nationalratswahlen und hat sehr gute Chancen gewählt zu werden. Wir drücken ihm die Daumen.

Seit 2002 politisiert die CSP Zug in

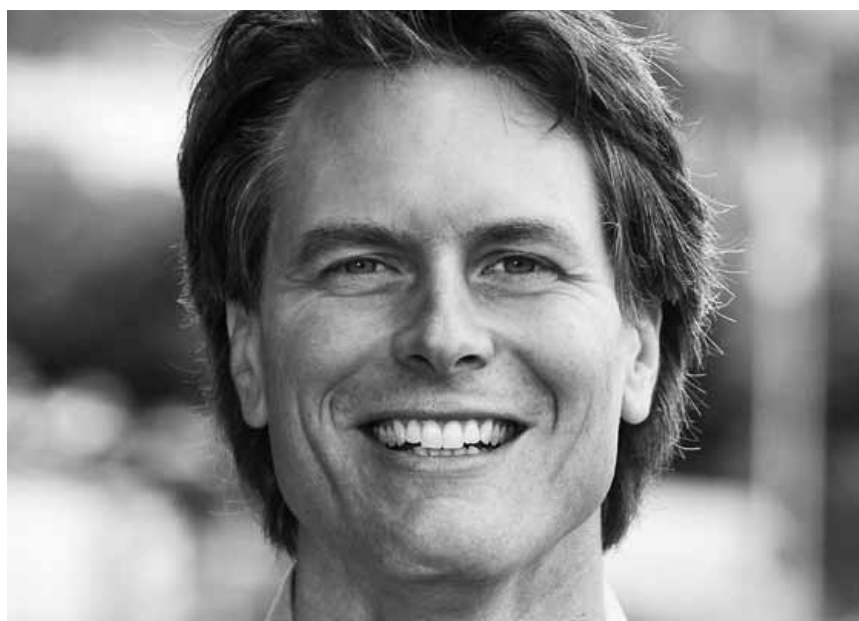
der Fraktion mit den Alternativen – die Grünen. Im Grossen Gemeinderat sind seit der Legislatur 2011 – 2014 von den acht Mitgliedern drei CSP-ler (Monika Mathers, Ignaz Voser, Franz Iten), im Kantonsrat haben wir eine CSP-Vertretung (Vroni

Straub) und im Stadtrat mit Andreas Bossard und Vroni Straub zwei Vertretungen. Die Zusammenarbeit mit den Alternativen – die Grünen steht auf freundschaftlicher und vertrauensvoller Basis. Die CSP ist ein assoziiertes Mitglied der kantonalen Alternativen – die Grünen und ergänzt mit ihrem Parteiprogramm die Ziele und Werte der Alternativen.

CSP und die Alternative

An dieser Stelle ist es mir ein Anliegen der Parteileitung, dem Vorstand und allen Mitgliedern der Alternativen – die Grünen für das Vertrauen, die Wertschätzung und die Parteil Freundschaft herzlich zu danken.

Zusammenarbeit macht Schule – das ist das diesjährige Jahresziel unserer Stadtschulen Zug. Ich wünsche mir diese Zusammenarbeit mit Euch von Herzen weiterhin und wir sind gerne bereit, unseren Teil beizusteuern. Mit der Teilnahme an den diesjährigen Nationalratswahlen hoffen wir und sind wir auch überzeugt, unseren Beitrag zum Erhalt des linken Sitzes in Bern leisten zu können. ■



Gishan F. Schaeren, Jg. 1966, Zug

Junge Power

Jonas Feldmann, Redaktor BULLETIN | Bild Junge Alternative

16

Als ob es nicht schon genug wäre, dass die Jungen Alternativen während den letzten anderthalb Jahren immer wieder die etablierte Zuger Politik herausforderten – jetzt wollen die Jungpolitikerinnen und Jungpolitiker auch das Bundeshaus auf den Kopf stellen. Die Jungpartei tritt diesen Wahlherbst mit einer eigenen Liste an: Jolanda Spiess-Hegglin, Levin Schmid und Matthias Kilchsperger kandidieren für den Nationalrat.

wandel und endlich wieder zahlbare Wohnungen», erklärt der 20-jährige Konstrukteur aus Walchwil. Wer sich mit uns für die Interessen der Jugendlichen einsetzen will, sei herzlich dazu eingeladen, im Oktober die Liste der Jungen Alternative zu wählen!

Das Durchschnittsalter im Nationalrat beträgt weit über 50 Jahre. Weniger als halb so hoch ist der Altersdurchschnitt der drei Jungen Alternativen, die in Zug für den Nationalrat kandidieren. «Es ist dringend notwendig, dass auch VertreterInnen der jüngeren Generation in Bern mitdenken», begründet Levin Schmid seine Kandidatur. Und der 20-jährige Erwachsenenmaturand aus Steinhausen hat Recht: Themen, die den Jugendlichen im ganzen Land sehr am Herzen liegen – das Fördern der Jugendkultur oder das Schaffen von bezahlbarem Wohnraum beispielsweise – werden im Nationalrat nur sehr selten behandelt. Umso besser für die Jugendlichen in der Schweiz, dass in Zug nun drei junge Menschen für ein Amt im Nationalrat kandidieren, denen genau diese Themen sehr am Herzen liegen.

Wohnraumnot

«Mein Politisches Engagement gilt vor allem jenen, die oft zu kurz kommen: den Jugendlichen und jungen Familien», bekräftigt Jolanda Spiess-Hegglin. Aus eigener Erfahrung weiss die junge Journalistin

und Familienfrau aus Oberwil, wie schwierig die Suche nach einer bezahlbaren Wohnung in Zug wirklich ist. Auch Matthias Kilchsperger ist überzeugt, dass den Bedürfnissen und Wünschen der Jugendlichen vermehrt Beachtung geschenkt werden muss. «Junge brauchen Lehrstellen, Studienplätze, Kulturraum, eine aktive Friedenspolitik, grünen Strom statt Atomenergie und Klima-

Jung, wild und alternativ

Auch diesen Wahlherbst planen die Jungen Alternativen übrigens wieder eine sehr originelle Wahlkampfaktion. Wie diese genau aussehen wird, sei an dieser Stelle noch nicht verraten.

Eines kann ich jedoch vorwegnehmen: «Jung, wild und alternativ», so lautet unser Motto. In diesem Sinne: **«Ran an die Politik!» ■**



Jung, wild und alternativ: Matthias Kilchsperger, Jolanda Spiess-Hegglin und Levin Schmid

Vielfalt statt Einfalt

Manuela Weichelt-Picard, Regierungsrätin Kanton Zug | Bild Direktion des Innern

Der Biber: Einst weit verbreitet – dann ausgerottet – nun zurück. Mit dem Biber ist eine Tierart in unseren Kanton zurückgekehrt, die wie keine andere Spezies den Lebensraum nach ihren Bedürfnissen umgestalten kann und dabei auch vielen anderen Pflanzen- und Tierarten ein Heim bereitet. Er verrichtet diese Arbeit natürlicher als jedes Planungsbüro und erst noch kostenlos.

Seit Urzeiten war der Biber eine begehrte Jagdbeute des Menschen. Er wurde wegen seinem dichten Pelz und seinem Drüsensekret zur Markierung seines Reviers beinahe ausgerottet. 100 Mio. Exemplare des Europäischen Bibers lebten einst in Europa und Asien. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts waren gerade noch 1000 Tiere übrig. In der Schweiz wurde der letzte Biber schon um das Jahr 1800 erlegt.

Zwischen 1956 und 1977 erfolgte ein Programm der Wiederansiedlung. Es wurden insgesamt 141 Tiere an 30 Standorten im Schweizer Mittelland freigelassen, so auch 6 Tiere aus Russland an der Sihl bei Sihlbrugg. Die Ansiedlung an der Sihl war jedoch nicht erfolgreich, die Tiere sind alle wieder verschwunden. So war der Kanton Zug bei der letzten gesamtschweizerischen Bestandesaufnahme 2008 noch biberfrei. Seit 2010 beobachtet die Direktion des Innern nun wieder mindestens zwei Biber im Rüssspitz-Gebiet zwischen Reuss und Lorze. Ein Erfolg für jahrelange grüne Politik.

Motor der Artenvielfalt

Seit seiner Rückkehr bringt der Biber durch seine unermüdlichen Aktivitäten Dynamik und Leben in die Gewässer zurück. Eine Dynamik, die vom Menschen durch Trockenlegung, Begradigungen, Einbetonierung und Verlegung unter den Boden oft vollständig unterbunden worden war. Der Biber schafft mit seinen Bauten in Uferböschungen, dem Stauen von Gewässern und Fällen von Bäumen ein Mosaik von

neuen Lebensräumen und Strukturen, indem er die Vegetation offen hält, Totholz fördert und Teiche schafft. Der Biber hat einen äusserst



Dank dem Biber überflutete Waldfläche. Hier entsteht ein sehr artenreicher Lebensraum.

positiven Einfluss auf zahlreiche gewässer- und uferbewohnende Pflanzen- und Tierarten. Der Biber ist heute verantwortlich für die Ausbreitung zahlreicher Arten, die auf feuchte Lebensräume angewiesen sind. So brütet dank dem Biber in Westdeutschland etwa der Schwarzstorch wieder. Der Biber kann als «Motor der Artenvielfalt» bezeichnet werden. Ihn zu schützen bedeutet nicht nur, eine Einzelart, sondern ganze Lebensgemeinschaften und damit die Biodiversität an Gewässern allgemein zu fördern.

Kostenlose Revitalisierung der Gewässer

Das Wirken des Bibers kann auch zu Konflikten führen: Wege über den Erdbauten können einstürzen oder Drainagen durch Biberteiche

verstopfen. Der Biber ist aber auch ein Indikator für naturferne Lebensräume: Da wo es zu Konflikten mit dem Biber kommt, sind wir Menschen oft zu nahe am Gewässer. Dass eine Vielzahl der Gewässer nicht nur aus ökologischer Sicht grosse Defizite aufweisen, sondern auch aus Sicht des Hochwasserschutzes den aktuellen Anforderungen nicht mehr gewachsen sind, hat sich 2011 in wichtigen Änderungen des Gewässerschutzgesetzes

niedergeschlagen. Das Gesetz sieht vor, dass von ca. 10'000 km revitalisierungsbedürftigen Gewässern 4'000 km in den nächsten 80 Jahren revitalisiert werden. Zudem sollen – was für den Biber noch viel wichtiger ist – sämtliche Gewässer mehr Raum erhalten.

Geben wir den Gewässern in den kommenden Jahren konsequent den gesetzlich vorgesehenen Raum zurück, lösen wir präventiv die Mehrzahl der Konflikte mit den Bibern. Dafür helfen sie uns mit all ihren Aktivitäten, die Biodiversität in und an den Gewässern zu erhalten und zu fördern. Lässt man den Biber machen, verrichtet er die Arbeit natürlicher als jedes Planungsbüro und erst noch kostenlos. Nicht nur bei uns Menschen und in der Politik muss «Vielfalt statt Einfalt» ein Credo sein, auch in der Natur. ■

Die Zuger Perlen

Ruedi Zai, Mitglied des Initiativkomitees und Architekt | Bilder Initiativkomitee

18

Am 29. August ist die Unterschriftensammlung für die Volksinitiative zum «Erhalt der Perlen in der Stadt Zug» des Zuger Heimatschutzes gestartet. Vier Perlen – Oeschwiese, Rötelberg, Zurlaubenhof und Meisenberg – sollen nicht weiter bebaut werden. Denn sie sind für ein attraktives Stadtbild von grosser Bedeutung.

In Zug hat es viele Perlen, nicht nur auf den Décolletées und an den Ohrläppchen vieler Bewohnerinnen. Zug hat eine ganz grosse, sehr alte Perle: Die Altstadt mit prächtigen Bauten wie dem Rathaus, den wohl proportionierten Wohn- und Geschäftshäusern entlang der Gassen und Gässchen und vor allem dem Zyturm. Wie oft haben wir an ihn hinaufgeschaut und waren auch etwas stolz auf unsere Vorfahren, die so was ausgedacht und erbaut haben. Doch ohne Grosszügigkeit und Gemeinsinn hätten die ca. 600 Zugerinnen und Zuger das im Mittelalter nicht realisieren können. Ohne diese Weitsicht und Opfer könnten wir uns heute nicht alle daran erfreuen und miteinander von diesen Planungen und Verwirklichungen profitieren.

Vorbild Guggiwiese

Einige hundert Jahre später, im Jahre 1980, einigten sich die Stadtbewohnerinnen und Stadtbewohner in einer Volksabstimmung wieder zu einer mutigen Tat. Es ging darum, das Guggi hinter der Hauptpost von einer geplanten Bebauung frei zu halten. Die Ziele der Initiative lauteten: Rettung der letzten grünen Insel im Herzen von Zug, der Landschaftsschutz und die Verantwortung für die kommenden Generationen. Nach 31 Jahren ist die heutige Generation, das sind wir, dankbar für diese weise Voraussicht. Es kostete auch etwas, doch die Kosten konnten sich nun ca. 23'000 Einwohnerinnen und Einwohner teilen. Selbstverständlich mussten die Eigentümer fair entschädigt werden, damit die Gemeinschaft als Ganzes davon profitieren kann.

Balance in der Stadtentwicklung

Das ist ja gerade die Kunst, in einer Stadt herauszufinden, wie viel kann und muss der Einzelne dazu beitragen oder übernehmen, damit das Ganze qualitativ ist, lebenswert bleibt oder einzigartig wird. Die Gemeinschaft mit allen Einheimischen, Zuzüglern und Gästen soll einen Mehrwert erleben können. Eine heikle Balance, die nie ohne das Mitwirken, Einbringen, Beitragen und Mittragen der einzelnen Bewohnerinnen und Bewohner erreicht werden kann. Zug steht seit längerer Zeit unter einem ungeheuren Druck: Noch viele möchten teilhaben an den Schönheiten und anderen Vorteilen unserer Stadt. Die Verlockung der heutigen Grundeigentümer ist gewaltig, ihre Parzellen zu einem hohen Preis zu veräussern. Doch wie geht das weiter? Wie sieht das in 25 oder 50 Jahren aus? Können unsere Nachfahren dann auch auf eine harmonische Stadt stolz sein, werden Touristen diese Entwicklungsfrüchte anschauen kommen? Wer wohnt dann überhaupt hier?

Heimatschutz für ein lebenswertes Zug

Im Vorstand des Zuger Heimatschutzes diskutieren wir immer wieder darüber, was zu tun sei, was einer lebenswerten Zukunft Zugs helfen könnte. Mit der Perlen-Initiative haben wir eine der vielen möglichen und nötigen Antworten gefunden: Wir machen es wie unsere Ahnen, wir engagieren uns für die Gemeinschaft. Wir spielen für unsere Nachfolger-Generation ein Stück Zug frei, indem wir vier für das Stadtbild und Stadtgefühl wichtige Orte vom Bau-

druck befreien. Wir wollen diese Orte – so wie sie heute sind – den Generationen nach uns übergeben, die dann aus ihrer Sicht entscheiden sollen, was für die Stadt die richtige Lösung sein wird. Der Blick der heutigen Generation auf die Stadt ist ein momentaner, ein Blick aus einer Zeit des Wachstums, des vielen vermeintlichen Geldes und der Lust auf Hochhäuser. Wir wollen nichts verhindern, nur zusätzliche Stadtbilder und Lebensqualitäten in der Zukunft ermöglichen.

Keine Verstaatlichung, keine Umzonung

Die vier Orte, die vier vorgeschlagenen Perlen haben nicht wir ausgeschrieben. Es waren Planer und Politiker, die diese für die Stadt Zug im Rahmen des Entwicklungskonzeptes des Zuger Stadtrates im Jahre 2006 bestimmten. Sicher gäbe es noch andere «schlafende» Perlen in der Stadt, doch wir wollen nicht übertreiben und die Möglichkeiten und Finanzkraft der Stadtbewohnerinnen und Stadtbewohner nicht überstrapazieren.

Schade, haben unsere grösseren Parteien FDP und CVP, als sie vor der Sommerpause von der noch unveröffentlichten Perlen-Initiative hörten, sofort ohne weitere Informationen einzuholen und sich einige Gedanken zur Zukunft von Zug zu machen, aus der Hüfte geschossen. Doch die Schüsse gingen ins Leere. Bei der Perlen-Initiative geht es weder um eine Verstaatlichung noch um eine trickreiche Umzonung, welche die Eigentümerinnen und Eigentümer hintergehen würden. Die Initiative will die bezeichneten Parzellen nur heute freihalten.

Dass die Grundeigentümer bei einer Annahme der Initiative fair entschädigt werden, gehört sich und muss in einer Gesellschaft wie der unsrigen selbstverständlich sein.

Es ist üblich und hat in der Schweiz Tradition, dass der Verzicht von Einzelnen zu Gunsten der Gemeinschaft

entschädigt wird. Der monetäre Ausfall eines an sich zu erwartenden Nutzens wird abgegolten. So werden z. B. Bauern dafür entgolten, wenn sie die Wiesen entlang von Gewässern nicht mehr düngen dürfen und entsprechend weniger Ertrag haben. Ähnlich soll es für die betroffenen Grundstücke sein, wenn auch auf einem anderen Niveau, wie es sich für Zug gehört.

Sollte ein Grundeigentümer sich unter diesen Umständen zu einem Verkauf entschliessen, müsste die Stadt das Grundstück zu einem Marktpreis übernehmen. In diesem Prozess sehen wir keine Verstaatlichung. Die Stadt hat bei einem notwendigen Kauf einen qualitätsvollen Gegenwert, der umgehend im Stadtvermögen aufgeführt werden kann.

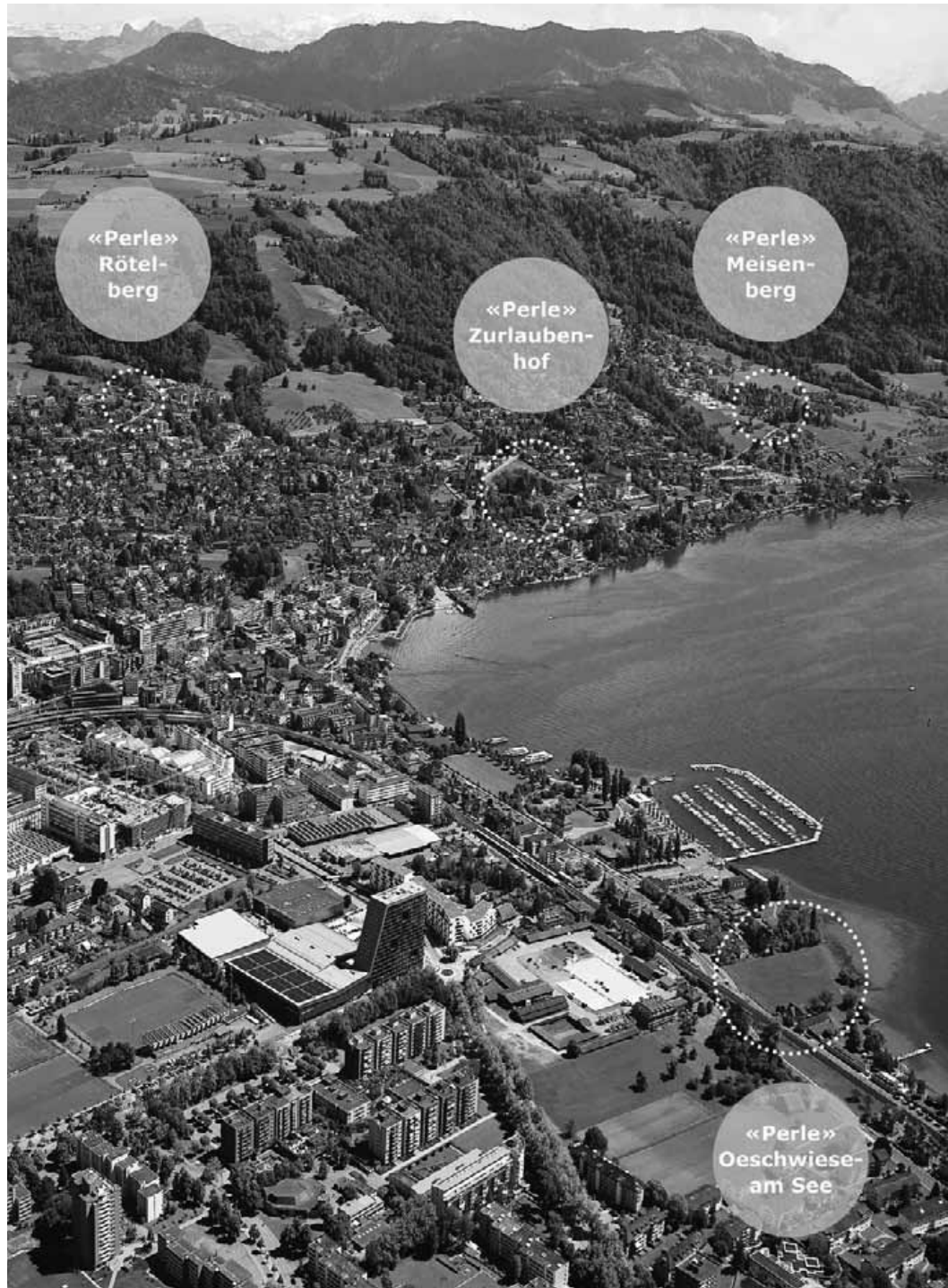
Wenn 600 Zugerinnen und Zuger mal einen Zyturm oder ein Rathaus sich leisten konnten, so werden 27'000 Einwohnerinnen und Einwohner sich diese vier Perlen wohl auch leisten können, sofern uns an der Zukunft von Zug, unserer Heimat und dem Handlungsspielraum für unsere Nachfahren etwas liegt. Auch bei den Schmuck-Perlen geht es nicht immer nur um den monetären Wert. ■

Wortlaut der Initiative

1. Die als «Perlen» bezeichneten Areale Oeschwiese am See (GS 191, 9'434 m²), Rötelberg (GS 1718, 3'241 m²), Zurlaubenhof (GS 1379, 32'470 m²) und Meisenberg (GS 1660, 26'033 m²) werden vor weiteren Überbauungen bewahrt. Für den integralen Erhalt dieser Areale werden die Zonenbestimmungen geändert.

2. Bestehende Bauten und Anlagen können erneuert und teilweise abgeändert werden gemäss § 72 des Planungs- und Baugesetzes PBG vom 26. November 1998.

3. Die Eigentümer werden für die Nutzungseinschränkung entschädigt, oder die Stadt erklärt ihre Kaufbereitschaft.



Die vier Perlen im Zuger Stadtbild

Ohne Ausstieg kein Einstieg

Josef Lang, Nationalrat Alternative – die Grünen Zug | Bild Paula Gisler

20

Im Rahmen einer Veranstaltung des Zuger Gewerkschaftsbundes über die Zukunft des Werkplatzes hat dessen Vorstandsmitglied Jo Lang das folgende Referat gehalten.

Die erneuerbaren Energien sowie die Energieeffizienz sind eine riesige Chance für den Schweizer, insbesondere den Zuger Werkplatz. So hat sich in Deutschland die Zahl der Beschäftigten im Bereich der erneuerbaren Energien zwischen 2004 und 2009 auf 340'000 Stellen mehr als verdoppelt. Und bis 2020 sollen gemäss Rechnungen, die vor dem Atomausstieg angestellt wurden, dank dem Klima- und Energiepaket der schwarz-gelben Regierung weitere 500'000 Jobs entstehen. Nach dem Atomausstiegs-Beschluss und erst recht unter einer zukünftigen rot-grünen Regierung dürften es eine Million neue Jobs werden. Laut einer Untersuchung im Auftrag des notabene schwarz-gelben Bundesumweltministeriums dürfte die deutsche Umwelttechnologiebranche ihren Umsatz bis 2030 auf rund ein Sechstel der landesweiten Industrieproduktion vervierfachen und damit den Automobilbau und die Werkzeugmaschinenindustrie überholen.

Erneuerbare Energien schaffen Arbeitsplätze

Aufgrund der dezentralen Produktionsweise sind die erneuerbaren Energien arbeitsintensiver als zentrale Grosskraftwerke, bieten dadurch mehr Arbeitsplätze und ermöglichen regional eine höhere Wertschöpfung. Das gilt erst recht für die Schweiz. Statt den Import von Kohle, Erdöl, Erdgas und Uran zu finanzieren, wird das Geld mehrheitlich in inländische Produkte und Dienstleistungen investiert. Weil aber die Schweiz in den letzten zwanzig Jahren viel zu wenig auf erneuerbare Energien und auf Energieeffizienz gesetzt hat, profitiert der Schweizer Werkplatz mit Firmen wie ABB, Meyer Burger, Sputnik, Siemens, L+G viel mehr vom weltwei-

ten Boom der erneuerbaren Energien als vom Heimmarkt.

Das kann und wird sich ändern – vorausgesetzt, wir steigen definitiv aus der Atomenergie aus. Ohne richtigen Ausstieg kein richtiger Einstieg! Dass die Atomlobby ausgerechnet in Zug



Unter der Leitung von Josy Von Wyl (Vizepräsidentin Gewerkschaftsbund) haben André Daguet (ehemaliger SP-Nationalrat), Jo Lang (Nationalrat Alternative – die Grünen Zug) und Eusebius Spescha (SP-Kantonsrat Zug) an der Veranstaltung referiert.

derart stark ist, widerspricht völlig der Wirklichkeit des Werkplatzes. (Das ist ein Hinweis mehr, dass die tonangebenden Kreise des Zuger Bürgertums derart auf den Finanz- und Handelsplatz mit seinen zahlreichen Pfründen für Wirtschaftsanwälte und Treuhänder fixiert sind, dass sie den Werkplatz vernachlässigen.)

Viele Chancen für Zuger Industrie

Von den Gebäudesanierungen kann der Bau profitieren. Die Haustechnik-Branche hat zahllose Aufträge in Aussicht. Dann gibt es etliche Solar- und andere Alternativenergie-Firmen. Besonders wichtig aber ist, dass zwei der grössten Betriebe, die Siemens Building Technologies und die Landis & Gyr spezialisiert sind auf Energieeffizienz. Kaum ein Kanton

kann von der Energiewende derart stark profitieren wie unser Kanton. Die energie- und klimapolitische Bedeutung der Siemens Building Technologies liegt im Umstand, dass weltweit 40 Prozent der Energie durch Gebäude verbraucht wird. Wenn die Siemens mit ihrem umfangreichen Portfolio qualitativ hochwertiger und energieeffizienter Produkte und Systeme Energieeinsparungen von bis zu 30 Prozent ver-

spricht, entspricht das Einschätzungen unabhängiger Fachkreise. Fast 30 Prozent weniger Energie bedeutet angesichts der Verteuerung der Energie mehr als 30 Prozent Kosteneinsparungen.

Was die Landis + Gyr betrifft, habe ich heute auf deren Homepage unter dem Stichwort «Aktuell» Berichte mit folgenden Titeln gelesen: «Neuer E450-Zähler in Finnland eingesetzt.» Darunter steht, dass Finnlands grösster Energiekonzern 100'000 Kunden die Vorteile des Smart Meters anbieten kann.

Gesamtschweizerisch bieten die Energieeffizienz und die erneuerbaren Energien die Chance, 100'000 neue Arbeitsplätze zu schaffen. Auf den Kanton Zug dürften 2'000 bis 3'000 entfallen. ■

In Ansätzen vorhanden

Cédric Wermuth, Kampagnenmitarbeiter Solidar Suisse

Solidar Suisse hat mit einem Rating die Schweizer Gemeinden unter die Lupe genommen: Nehmen die Kommunen ihre globale soziale Verantwortung wahr? Jetzt liegen die Resultate vor. Die Unterschiede zwischen den Gemeinden sind enorm. Dieser Artikel ist zuerst in der Juli-Ausgabe des vpod-Magazins erschienen und wurde dem BULLETIN zur Verfügung gestellt.

Das «Solidar-Gemeinderating» unter dem Motto «Global denken, lokal handeln» ist die erste Kampagne des ehemaligen Schweizerischen Arbeiterhilfswerkes unter dem neuen Namen Solidar Suisse. Mit Telefoninterviews (etwa 70 Fragen) und teilweise aufwendigen Recherchen haben wir über 80 Schweizer Gemeinden auf die Frage hin untersucht, ob sie in ihrer Arbeit ihre globale Verantwortung wahrnehmen.

Sensibel dank Entwicklungshilfe

Konkret untersucht das Rating das entwicklungspolitische Engagement der Gemeinden und die Ausgestaltung des Beschaffungswesens (also die Frage, ob die Gemeinden beim Einkauf von Produkten auf die Produktionsbedingungen achten). Beide Bereiche werden in der abschliessenden Bewertung je zur Hälfte berücksichtigt. Insgesamt konnten die Gemeinden 100 Punkte erreichen. Danach teilen wir die Gemeinden in fünf Kategorien: Für 0 bis 5 Punkte gibt es einen Globus, für 6 bis 25 Punkte zwei Globen und danach je einen zusätzlichen Globus pro 25 Punkte. Ein erster Blick auf die Resultate zeigt, dass die Unterschiede enorm sind: Von Gemeinden, die mehr oder weniger offen die Position einnehmen, die Probleme der Menschen in den Entwicklungsländern gingen sie nichts an, bis zu absoluten Vorbild-Gemeinden haben wir alles angetroffen. Tendenziell achten Gemeinden, die bereits Projekte in der Entwicklungszusammenarbeit unterstützen, beim Einkauf eher auf die Produktionsbedingungen. Und umgekehrt.

Grosse Gefahr: Sparpakete...

Die grösseren Städte übernehmen tendenziell mehr Verantwortung als die kleinen Gemeinden. Sie geben vergleichsweise viel Geld aus für die Entwicklungszusammenarbeit und achten beim Einkauf von Produkten besser auf die Produktionsbedingungen. Absoluter Spitzenreiter ist denn auch die grösste Gemeinde, die Stadt Zürich (89 von 100 Punkten). Leider zeigt sich am Beispiel Zürich aber auch die grosse Gefahr: Gerade die Beiträge an Projekte in der Entwicklungszusammenarbeit sind ein einfaches Opfer für Spar- und Abbaupläne. So geschehen in Zürich. Mit den beschlossenen Budgetkürzungen senkt die Stadt ihre Beiträge ab sofort von 2,6 Millionen jährlich auf 0,5 Millionen. Beim nächsten Rating wird Zürich damit satte 20 Punkte und einen Globus verlieren. Auch sonst reihen sich nicht alle grossen Gemeinden ganz vorne ein: So landet Chur (33 000 Einwohner, 1 Globus) ganz unten in der Rangliste. Dass globale Verantwortung aber weniger eine Frage der Grösse als vielmehr des politischen Willens ist, zeigt das Beispiel Altdorf: Die 9000-Seelen-Gemeinde erreicht vier Globen und schwingt in der Zentralschweiz deutlich obenaus.

Aufholbedarf im Südosten

Spannend sind auch die regionalen Unterschiede. Auffällig ist beispielsweise, dass Gemeinden in der Nordwestschweiz (in den Kantonen Bern, Aargau, Solothurn und beiden Basel) tendenziell höhere Beträge für die internationale Entwicklungszusammenarbeit ausgeben, dafür aber im Beschaffungswesen nicht in der er-

sten Liga spielen. Die Südostschweiz (Glarus und Graubünden) schneidet deutlich am schlechtesten ab: Von sechs untersuchten Gemeinden kommt keine über zwei Globen hinaus. Das «Solidar-Gemeinderating – global denken, lokal handeln» wurde dieses Jahr zum ersten Mal durchgeführt. In Zukunft soll das Rating wiederholt und ausgebaut werden. Auf diese Weise lässt sich in einigen Jahren die Entwicklung über die Zeit nachvollziehen. ■

21

Vergleich Zug/Baar

Die Stadt Zug hat 3 von 5 möglichen Globen kassiert: Das bedeutet, dass Ansätze für globales Verantwortungsbewusstsein zwar vorhanden und gewisse Bemühungen ersichtlich seien. Diese seien jedoch stark ausbaufähig.

Interessant der Vergleich mit Baar: Baar erhält für soziales Handeln/Entwicklungszusammenarbeit 35 von 50 möglichen Punkten (Zug dagegen nur 22). Anders bei der Beschaffungspraxis: Zug erhält dafür 13 von 50 möglichen Punkten, Baar dagegen 0. Insgesamt schneidet Baar also minim besser ab. Weitere Informationen unter: <http://www.solidar.ch/gemeinderating>

Manchmal gibt es «Schimpfis»

Interview Natalie Chiodi, Redaktion BULLETIN | Bilder Paula Gisler

22

Die kommunalen Wahlen im Herbst 2010 haben der Stadt Zug eine linke Mehrheit im Stadtrat beschert. Die CSP als Listenpartner der Alternativen – die Grünen sind gar mit einer Stadträtin (Vroni Straub, neu) und einem Stadtrat (Andreas Bossard, bisher) vertreten. Das folgende Interview führte Natalie Chiodi am 26. August mit Vroni Straub, die seit Januar 2011 das Bildungsdepartement der Stadt Zug leitet.

BULLETIN: Wie gestaltete sich dein Einstieg in das Bildungsdepartement?

Vroni Straub: Die ersten drei Monate im Departement waren Ausnahmezustand. Es herrschte eine grosse Verunsicherung im Lehrkörper der Zuger

BULLETIN: Kannst du uns deine Funktion und Tätigkeiten beschreiben?

Vroni Straub: Meine Arbeit ist enorm abwechslungsreich. Sie gefällt mir total gut. Was es heisst eine öffentliche Person zu sein, habe ich hingegen



Stadtschulen, eine knisternde Stimmung war spürbar. Ich habe viele Gespräche geführt und versucht Lösungswege zu finden. Der Stadtrat hat sich dann im März dazu entschlossen, sich einvernehmlich vom damaligen Rektor zu trennen. Nach einem sorgfältigen und intensiven Bewerbungsverfahren durften wir vor ein paar Wochen mit einem neuen Rektor zuversichtlich ins neue Schuljahr starten.

Zu meinem Departement gehören aber nebst den Stadtschulen auch die Musikschule, die Abteilung Kind, Jugend und Familie sowie die Stadt- und Kantonsbibliothek, welche neu Bibliothek Zug heisst.

schon etwas unterschätzt. Als Stadträtin ist man quasi immer im Dienst. Hier kommt mir meine frühere Arbeit als Hebamme sehr entgegen. Ich habe dort gelernt unregelmässig zu arbeiten, auch am Wochenende. Und ich habe dort auch gelernt mit einem Handy umzugehen. Mails und Handyanrufe reissen mich nicht aus der Erholung.

Die wöchentlichen Stadtratssitzungen sind jeweils am Dienstag und für mich ein Highlight. Dann beraten wir unsere jeweiligen Geschäfte. «Meine» Geschäfte an diesen Sitzungen kenne ich natürlich sehr gut, ich muss mich aber auch auf die Geschäfte der anderen

Stadträte vorbereiten. Das wird in der Aktenaufgabe gemacht. Anstatt dass alle StadträtInnen alle Akten kopieren und verteilen, werden sie in der Aktenaufgabe gesammelt und zur Einsicht deponiert. Wir haben dann von Freitagnachmittag bis zur Stadtratsitzung am Dienstag Zeit diese Akten zu studieren. Ich lese diese Unterlagen oft am Sonntag. Dann habe ich rund um Ruhe.

An den Stadtratssitzungen sichten wir auch alle unsere Einladungen an Nachbarschaftstreffen, Vernissagen, Eröffnungen uvm. und machen ab, wer wann wo teilnimmt. Diese finden halt mehrheitlich abends und am Wochenende statt. Bei Veranstaltungen der eigenen Abteilung wie Musikschulkonzerte, Schultheater etc. bin ich bestrebt wenn immer möglich teilzunehmen. Das gibt mir die nötige Energie für meine tägliche Arbeit.

Und dann sind da noch die monatlichen Sitzungen mit dem Grossen Gemeinderat. Für mich bleiben diese Sitzungen wohl bis zum Ende der Legislatur eine der grössten Herausforderungen.

BULLETIN: Wie sieht die Zusammenarbeit mit der Partei aus?

Vroni Straub: Als Stadträtin, also Mitglied der Exekutive, bin ich immer mal wieder im Clinch mit dem Parteiprogramm oder auch mit dem, was von einer linken Politikerin erwartet wird. Die Fraktionssitzungen oder auch die Vorstandssitzungen sind für mich wichtige Gefässe, um mich austauschen zu können. Wenn ich in der Exekutive den «linken» Blick dem Kompromiss zuliebe zu stark in die Mitte gelenkt habe, dann rücken uns die Kolleginnen und Kollegen in der Fraktion den Kopf wieder zurecht und das ist gut so. Das Verhältnis und die Zusammenarbeit mit unseren Parteifreunden aus den Reihen der Alternativen/CSP ist sehr gut.

Eigentlich wünschte ich mir mehr Möglichkeiten uns austauschen zu

können. Doch mir ist bewusst, dass in Parteien viel ehrenamtliche Tätigkeit passiert und mehr Gefässe eventuell das Boot überladen würden.

BULLETIN: Welche Themen beschäftigen dich in naher Zukunft?

Vroni Straub: Die Nachfrage nach Betreuungsplätzen in der schulergänzenden Betreuung ist gross. Hier bin ich an der Arbeit die strukturellen, räumlichen und personellen Voraussetzungen zu schaffen, damit alle Kinder, die einen Platz wünschen, auch einen Platz erhalten.

Und dann gibt es im Bereich der musikalischen Früherziehung noch viel zu tun und auch die neue Studienbibliothek braucht weiter Support.

Im Bereich der Stadtschulen beschäftigt uns das Rahmenkonzept «Gute Schulen» weiterhin. Speziell wichtig für mich als Schulpräsidentin und Präsidentin der Schulkommission ist die Auseinandersetzung mit dieser wichtigen strategischen Kommission. Hier will ich investieren, damit wir in eine engagierte und offene Kommissionsarbeit treten können.

BULLETIN: Du hattest noch nie eine Führungsaufgabe. Wie gehst du mit dieser neuen Funktion um?

Vroni Straub: Als freischaffende Hebamme habe ich mich selber geführt. Sich selber führen können ist wahrscheinlich eine Voraussetzung, auch andere gut führen zu können. Aber selbstverständlich brauche ich

hier Weiterbildung. Ich habe mich für spezifische Module an der Fachhochschule Nordwestschweiz angemeldet.

BULLETIN: Was bedeutet eine linke Mehrheit im Stadtrat für dich?

Vroni Straub: Es geht nicht darum, die anderen zu überstimmen oder zu



sagen, jetzt zeigen wir es euch. Aber in entscheidenden Momenten sagen wir Stopp, bis hierhin und nicht weiter. Wir treten mit klaren linken Meinungen auf, sind aber auch kooperativ. Ich will, dass man nach vier Jahren sehen und erleben kann, dass der Stadtrat eine linke Mehrheit hatte. Als Beispiel: Wir Linken wollen einen

durchgehenden Seeuferweg vom Brüggl Richtung Vorstadt. Dafür werden wir kämpfen. Dafür müssen vielleicht öffentliche vor private Interessen gestellt werden. Die Zusammenarbeit mit dem bürgerlichen GGR war daher anfänglich etwas schwierig. Man hatte solche Angst vor uns, dass wir den Strom abstellen, alles verstaatlichen oder den privaten Verkehr verbieten. Diese Angst hat sich etwas gelegt. Nun hat sogar der GGR die CO2-Schleuder-Tennishalle nicht bewilligt, welcher wir vorher im Stadtrat (schweren Herzens) zugestimmt hatten.

Es muss aber ein klares Ziel der Linken sein, dass wir bei den nächsten Wahlen die Legislative wieder stärken können. Wir brauchen die linken Sitze im Parlament ganz dringend, damit wir auch ein Behördenreferendum erwirken können – das geht in der heutigen Zusammensetzung nicht mehr.

Ich bin froh, dass wir Stadtratsmitglieder einen respektvollen Umgang miteinander pflegen. Wir führen sachliche Diskussionen, können auch fröhlich sein. Die ersten Monate im Stadtrat kamen mir vor wie in einer Ehe. Wir haben uns kennengelernt und ein Fundament gelegt. Und jetzt sind wir so weit, dass wir auch Konflikte konstruktiv austragen können.

BULLETIN: Vielen Dank für das Gespräch. Wir wünschen dir in deiner Funktion alles Gute. ■



24

Die KandidatInnen-**schwemme** bei den Nationalratswahlen hat allerlei Effekte. Bei der CVP zum Beispiel kandidieren gleich zwei Christinnen und ein Christ! Ob es sich dabei um Einheit von Form und Inhalt handelt, lässt sich nicht eruieren, die drei sind völlig unbeschriebene Blätter.

Immerhin hat die generelle **Plakatflut** ein Gutes: Die WählerInnen und Wähler sehen, wo das Geld hockt. In Zug bei allen drei bürgerlichen Parteien.

Mit Geld in den Sand setzen hat der «Unternehmer» Klee grosse Routine. **RedIT** lässt grüssen.



Vielleicht sollten die Alternativen diese Strategie übernehmen und in vier Jahren einen «Alternativian» oder eine «Alternative» nominieren.

Bei näherer Betrachtung zeigt sich: Andere Parteien kennen diese Strategie schon länger! So verraten die Namen von amtierenden Politikern einiges über ihre **Grundhaltung**. «Schleiss» zum Beispiel, oder «Schweiger» oder «Lang».

Nomen est omen: Das politische Programm des **FDP-Präsidenten** besteht ja bekanntlich nur aus einem Punkt: Lang loszuwerden. Zitat: «Es geht darum, dass es langt.» Angesichts der Plakatflut meinen wir: «Jetzt kle(e)bt aber.»

Auch dort: nomen est omen. Das Red im Firmennamen steht seit einiger Zeit für die **Farbe** der Geschäftsabschlüsse.

Deshalb auch das Ablenkungsmanöver: Klee als **MIGROS-Kandidat**: «Aus der Region – für die Region». Dort wird er auch bleiben: in der Region.

Oder doch nicht? Denn «die FDP gibt sich siegessicher» wie einem von der FDP selbst verfassten Artikel in der Zuger Woche zu entnehmen ist. Und weiter, Originalzitat: «Die FDP setzt neben drei **Stimmenfänger** auf drei politische Schwergewichte.» Zu den drei Schwergewichten zählt die FDP neben Bald-Ständerat Eder auch



den Ex-Kantonsrat, Ex-Kantonsratspräsident und Ex-Maoist Pezzatti sowie – richtig! – Herrn Klee.

Das ist die höhere **FDP-Physik**: Schwer- plus Leicht- plus Federgewicht durch drei gibt Schwergewicht.

Dass die FDP-Parteiversammlung ewig dauerte und ein Spezi des Ex-Stadtrates Ulrich Straub gekippt wurde zugunsten eines noch Unbekannteren, stand im FDP-PR-Artikel in der Zuger

Ohne Einwanderung
sehen wir alt aus.

Woche natürlich nicht. Eigentlich schade um **Henry Hirzel** – wäre doch immerhin ein Name gewesen, den man sich hätte merken können.

Dass drei der **vier** (es sind nämlich vier! So gut rechnet die FDP...) Stimmenfänger Frauen sind – also Stimmenfängerinnen, sei hier nur am Rande vermerkt.

Frühzeitig geplatzt ist ein anderer Wunschtraum von Mächtetern-Nationalrat Klee: die **Listenverbindung** mit den



Grünliberalen. Alles Blaue vom Himmel herunter versprechen hat nichts genützt – die grünliberale Basis hat gemerkt, dass der Atomausstieg mit der FDP nicht zu haben ist.

Woraufhin das kle(e)brige Liebeswerben um die SVP losging: An die Adresse der SVP erging die **Aufforderung**: «Eines ist klar, wenn die Bürgerlichen das übergeordnete Ziel, Langloszuwerden, tatsächlich ernst meinen, dann müssen sie den Schulterchluss vollziehen.»

Was dem SVP-Präsidenten Manuel Brandenberg eine ebenfalls entlarvende Antwort entlockte: «Wir sind natürlich nicht nur die nützlichen **Trottel**». Zu einem «Nicht nur» gehört semantisch gesehen immer ein «Aber auch».

Mühe mit der Semantik bekundete der ewige Kandidat aus Menzingen: Dass er seinen SVP-Regierungsrat Tännler implizit als **Diktator** titulierte, als er gegen eine behindertenfreundlicherre Formulierung des Planungs- und Baugesetzes wettete, hat K.N. aus M. wahrscheinlich bis heute nicht gemerkt.

SIRA – WENN DER HALBMOND SPRICHT, Montag, 10. Oktober 2011, 20 Uhr
Sayyed el-Dawwy ist 80 und der letzte lebende Dichter der Sira – des grössten arabischen Epos. Nur er kennt ihre fünf Millionen Verse auswendig und hält ihre Geschichten am Leben. Nun will er die Sira seinem Enkel Ramadan weitergeben, der mit ihm als Begleitmusiker auf der Bühne steht. Doch während Sayyed die Sira im traditionellen Sinne vermitteln will, interessiert sich Ramadan für zeitgenössischere Interpretationen. Im Ringen der Generationen um die Bedeutung der Sira zeigt sich eine Welt zwischen Tradition und Moderne – auf der Suche nach ihren Helden. Gestern wie heute. Nach der Vorstellung Diskussion mit Regisseurin Sandra Gysi.



BURMA DISPLACED, Montag, 14. November 2011, 20 Uhr
Nach dem Spielfilm «How about love» im Januar dieses Jahres zeigt FLIZ

nun zum gleichen Thema **BURMA DISPLACED** von Roland Wehap (Schweizer Erstaufführung!). Der preisgekrönte Dokumentarfilm sucht nach Menschen, die vor dem brutalen Militärregime in Burma flüchten mussten. Und findet sie als illegale Arbeiter in benachbarten Ländern, in Flüchtlingslagern im bitterarmen Bangladesh, als Touristenattraktion in Thailand und als einsame Vertriebene in den Schweizer Bergen. Allen gemeinsam ist die Hoffnung auf ein besseres Leben in einem freien Burma. Nach der Vorstellung Diskussion mit Regisseur Roland Wehap.



EX VOTO, Montag, 12. Dezember 2011, 20 Uhr
In einer gemeinsamen Veranstaltung zeigen FLIZ und Citykirche Zug Erich Langjahrs Filmgedicht aus dem Jahr 1986 – eine lyrische Auseinandersetzung über die Bedeutung von Heimat und Identität. Unvergesslich die Menzinger Bäuerin Trudi

Hegglin, die grosse Kraft, die von dieser einfachen, fast kindlichen Frau ausgeht. Wer EX VOTO noch nicht gesehen hat, kann das jetzt nachholen. Wer den Film schon kennt, wird ihn wieder sehen wollen! Nach der Vorstellung Diskussion mit Erich Langjahr. Moderation Annelies Ursin.

Freundliche Grüsse

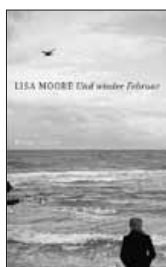
Martin Bucher
FLIZ FilmliebhaberInnen
Zug



26 **Büchermail**

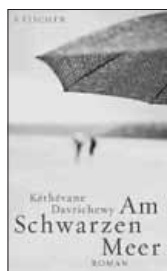
Liebe Leute
Trotz «Vorwahlkampf» komme ich tatsächlich manchmal noch zum Lesen von Literatur und möchte euch gerne meine persönlichen Highlights des Bücherherbstes vorstellen:

Moore Lisa, Und wieder Februar – Hanser-Verlag
1982 verliert die junge Helen ihren Mann Cal beim Untergang der Ölbohrplattform «Ocean Ranger» vor Neufundland. Mit drei kleinen Kindern und schwanger mit dem vierten. Das tönt nach «meine wahre Geschichte» und wenn mich der Verlagsvertreter nicht noch einmal speziell auf dieses Buch hingewiesen hätte, wäre es wohl auf meinem Stapel liegengeblieben – ich habe es nicht bereut – eines der stärksten «Frauenbücher» dieses Herbstes, durchaus auch für Männer geeignet!



Davrichewy Kéthévane, Am Schwarzen Meer – S. Fischer Verlag
Eine 90-jährige Frau mit dem ungewöhnlichen Namen «Tamuna» erzählt die Geschichte ihres

Lebens, während sie sich auf ihre Geburtstagsfeier in Kreise der Familie, die am Abend stattfinden soll, vorbereitet. Als Zwölfjährige musste sie mit ihrer Familie die Stadt Tbilissi in Georgien von einem Tag auf den andern verlassen, weil der Vater sich als Innenminister für die Unabhängigkeit des Landes einsetzte.



Balzano Marco: Damals am Meer – Kunstmann-Verlag
Drei Männer reisen quer durch Italien. Grossvater, Vater und Enkel reisen zusammen nach Apulien, um die Wohnung am Meer zu verkaufen, wo schon lange keiner mehr war. Der Jüngste erzählt. Wieder eine Geschichte vom Exil, das in diesem Buch jedoch innerhalb der Landesgrenzen in Mailand liegt. Ein wunderbares Buch, obwohl es «fast» ohne Frauen auskommt!

Mégnin Jean-Philippe, Dieses klare Licht in den Bergen – Nagel & Kimche Verlag
«Allen Bergverliebten» wird dieses kleine Buch auf dem Klappentext wärmstens empfohlen. Die

Geschichte spielt in den Bergen um Chamonix. Da lebt ja auch John Berger, einer meiner Lieblingsautoren, darum habe ich mich darauf gestürzt – und habe es gern gelesen und obwohl ich das Ende äusserst seltsam fand, würde ich es nochmals lesen, oder wohl gerade darum.



Und noch eine Empfehlung zum Schluss. Vor mir liegt ein Buch vom Norweger **Tomas Espedal** mit dem Titel «**Gehen oder die Kunst, ein wildes und poetisches Leben zu führen**».

Auf ein Buch mit einem solchen Untertitel, da kann man sich nur freuen! Ich werde es lesen, wenn es dann wieder ruhiger wird!

Mit den besten Wünschen und der Hoffnung auf einen fairen Wahlkampf!

Susanne Giger

Samstag, 24. September: Sommerfest mit Sponsorenlauf – kommentiert von Marco Rima, Alternative – die Grünen Kanton Zug
ab 14 h, unterhalb des Regierungsgebäudes am See

Samstag, 1. Oktober: Unterschriften-Sammlung zur Atomausstiegsinitiative und Grüne Wirtschaft
12 h bis 14 h im Metalli, Zug und in Baar
Gesamtschweizerische Grossdemo «Rechte für Sanspapiers»
14.30 h, Besammlung Demo, Schützenmatte in Bern
17 h, Schlusskundgebung, Festival «Grenzen sprengen», Schützenmatte Bern

Dienstag, 4. Oktober: Wahl-Podium
ab 19.30 h, Kantonsschule Zug mit Josef Lang und Gerhard Pfister

Mittwoch, 5. Oktober: Alternative Monatsbar
ab 18.30 h, Siehbachsaal, Chamerstrasse 33, Zug mit Köchinnen und Köchen der Alternative – die Grünen Stadt Zug ab 20 h, Buchlesung mit Oswald Sigg: «Die käufliche Schweiz»

Freitag, 7. Oktober: Unterschriften sammeln mit Andy Hürlimann
Abends, Steinhausen



Samstag, 8. Oktober:
Nationaler Sammeltag für die Grünen Initiativen mit Jo Lang
 9.30 h bis 14 h im Metalli, Zug und in Cham
 9 h bis 11 h, Dorfmarkt in Rotkreuz

Donnerstag, 13. Oktober:
Unterschriften sammeln für die Grünen Initiativen mit Stefan Gisler
 18 h bis 20 h Neustadt, Zug

Samstag, 15. Oktober:
Sammeln mit Jo Lang zur Atomausstiegsinitiative und Grüne Wirtschaft
 10 h bis 13 h im Metalli, Zug

Sonntag, 23. Oktober:
Wahlsonntag – Wahlfeier Alternative – die Grünen Zug
 Siehbachsaal, Chamerstrasse 33, Zug

Mittwoch, 2. November:
Alternative Monatsbar
 ab 18.30 h, Siehbachsaal, Chamerstrasse 33, Zug mit Köchinnen und Köchen Alternative – die Grünen Unterägeri
 ab 20 h, «Themenabend: Steuern», Alternative – die Grünen Zug

Mittwoch, 7. Dezember:
Alternative Monatsbar
 ab 18.30 h, Siehbachsaal, Chamerstrasse 33, Zug mit Köchinnen und Köchen Alternative – die Grünen Steinhausen

Die Alternativen im Kanton Zug

Alternative – die Grünen Zug
 Postfach 4806, 6304 Zug
 041 711 99 09
www.alternative-zug.ch
info@alternative-zug.ch

Öffnungszeiten Büro Alternative – die Grünen Zug:
Montag 14–18 Uhr und Donnerstag, 10–14 Uhr

Alternative – die Grünen Baar
 Anna Lustenberger-Seitz
 Postfach, 6340 Baar
info@alternative-baar.ch

Alternative – die Grünen Menzingen
 Barbara Beck-Iselin
 Postfach 112, 6313 Menzingen
b.beck-iselin@bluewin.ch

Alternative – die Grünen Unterägeri
 Cornelia Mayinger
cornelia.mayinger@datazug.ch

Alternative – die Grünen Stadt Zug
 Postfach 4805, 6304 Zug
info@alternative-stadt.ch

Forum Oberägeri
 Philipp Röllin
forum-oberaegeri@mymail.ch

Gleis 3 Alternative Risch
 Hanni Schriber
hannischriber@gmx.ch

Grüne Steinhausen
 Postfach 123, 6312 Steinhausen
studerus@datazug.ch

Junge Alternative Zug
 Postfach 4806, 6304 Zug
junge@alternative-zug.ch

Krifo Alternative Cham
 Sha Ackermann und Roman Ambühl
cham@alternative-zug.ch

Alternative Grüne Fraktion im Kantonsrat:
www.alternativefraktion.ch

Grüne Partei Schweiz
www.gruene.ch

Namentlich gezeichnete Artikel unterliegen der alleinigen Verantwortung der AutorInnen.

BULLETIN Nr. 3, September 2011, erscheint viermal jährlich.

Herausgeber:
 Verein DAS BULLETIN

Adresse:
 BULLETIN Alternative – die Grünen Kanton Zug, Postfach 4806, 6304 Zug,
bulletin@alternative-zug.ch

Catering:
 Arlene Wyttenbach

Redaktion:
 Natalie Chiodi, Hansjörg Glauser, Jonas Feldmann, Philippe Koch, Lorenzo Martinoni, Martin Stuber

Gestaltungskonzept:
 S.H.E.D. GmbH

Produktion:
 Satz, Bild und Druck:
 DMG Zug, www.dmg.ch

Gedruckt auf Cyclus Print (100% Recycling Papier)

Titelbild:
 Paula Gisler

Nutzaufgabe:
 1000 Exemplare

WEMF-bestätigte Auflage:
 1005 Exemplare

Abonnement: Fr. 25.–
 KleinverdienerInnen Fr. 10.–
 Unterstützungsabo: Fr. 50.–
 Mitgliederbeitrag Verein DAS BULLETIN: Fr. 100.–

Einzahlungen auf:
 Verein DAS BULLETIN,
 6304 Zug, PC 60-30584-6

Redaktionsschluss
Nr. 4/2011:
 2. Dezember 2011

Erscheinungsdatum:
 22. Dezember 2011

«DAS BULLETIN» auf dem Internet unter
www.bulletin-zug.ch

AZB 6304 ZUG

Adressberichtigungen melden:

Alternative - die Grünen Zug,

Postfach 4806, 6304 Zug

